

# POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 33

März 2009



**BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER  
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.  
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp-hessen.de](http://www.gdp-hessen.de)



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

**Herausgeber:**  
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

**Verleger:**  
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

**Büro Frankfurt:**  
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:**  
A. Jochum, St. Buschhaus

**Redaktion/Redaktionsanschrift:**  
GdP BZG Südosthessen  
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher  
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen  
V.i.S.d.P. Ewald Gerke, Rehweg 2, 36041 Fulda

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.  
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-5333)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>		<b>Wie immer gut besucht! Kreisgruppe Fulda trifft sich in Steinau</b>	
	Seite 5		Seite 19
<b>Tarif-Demo in Hannover: Wir waren dabei!</b>		<b>Tonerstaub: Ganzheitliche Betrachtungsweise ist erforderlich</b>	
	Seite 9		Seite 23
<b>Vertretbares Ergebnis: Fünf Prozent mehr</b>		<b>Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PAST Petersberg</b>	
	Seite 12		Seite 25
<b>Kreisgruppe Vogelsberg: Rudolf Dippel für langjähriges Gewerkschaftsengagement geehrt</b>		<b>Wachpolizei</b>	
	Seite 13		Seite 27
<b>Koalitionsvereinbarung: Auf den ersten Blick gute Ansätze</b>		<b>BZG Südost: „Mehr Polizei“ nichts als „Augenwischerei“</b>	
	Seite 17		Seite 28
		<b>Aus den Kreisgruppen</b>	
			Seite 29-43
		<b>Vertrauenskrisen</b>	
			Seite 45
		<b>Hilferuf der Lauterbacher Polizeibeamten</b>	
			Seite 47
		<b>Aktuelles</b>	
			Seite 49
		<b>Seniorenseite</b>	
			Seite 51

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

ein neues Jahr, eine neue Landesregierung. Ersteres ist nicht tragisch; die Auswirkungen des zweiten Punktes sind noch nicht abschließend absehbar. Feststehen dürfte jedoch, dass das Land Hessen nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurückkehrt und stattdessen einen eigenen Tarifvertrag kreieren wird, wohl überwiegend an den TVöD angelehnt. Dann muss aber auch die Benachteiligung der Angestellten im Schichtdienst hinsichtlich der Jahresarbeitszeit endlich ein Ende haben. Wie sich die momentanen Tarifverhandlungen, sowohl mit der TdL, als auch, zeitversetzt, in Hessen entwickeln, ist zur Zeit (7. KW) noch nicht zu prognostizieren. Wichtig ist auf jeden Fall, dass das Tarifergebnis auf die Beamten übertragen wird. Die GdP sitzt jedenfalls immer am Verhandlungstisch und wird dies einfordern.

Großen Raum für die GdP, wie auch für die anderen ÖD-Gewerkschaften, wird die Dienstrechtsreform einnehmen. Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung uns bei der Entwicklung beteiligt. Hier nehmen wir unseren alten und neuen Ministerpräsidenten Koch beim Wort, der in einer Regierungserklärung 2006 zur Föderalismusreform sagte:

„Die Veränderungen gehen nicht von heute auf morgen und sie bedürfen des größtmöglichen Konsenses zwischen den politisch Verantwortlichen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Wir nehmen uns die Zeit für eine ausreichende Debatte der Folgen der Struktur des öffentlichen Dienstes der nächsten Jahrzehnte, denn die dann gefundenen Regelungen sind nicht beliebig in Jahresabständen änderbar.“

Aus seiner Regierungserklärung vom 18.02.2009: „Voraussichtlich Mitte des Jahres wird die Mediatorengruppe einen Bericht vorlegen. Die daraus zu ziehenden gesetzgeberischen Konsequenzen werden wir im Dialog mit den Fraktionen sowie den beteiligten Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf eine möglichst breite Grundlage des Konsenses stellen. Entsprechendes gilt für das Tarifrecht. ... Neben der Einkommenserhöhung spielen für uns auch die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechtere Bezahlung eine Rolle.“

### **Warten wir die Umsetzung der Versprechen ab - Beteiligen ist jedenfalls besser als Verordnen.**

Das neue Dienstrecht in Hessen wird für viele Jahre Bestand haben, deshalb ist Sorgfalt und Zeit bei der Entwicklung erforderlich. Es muss auch über die Grenzen zu anderen Ländern und dem Bund geschaut werden, denn eine Abstimmung zwischen den Ländern ist unerlässlich, wenn man die Kleinstaaterei hier nicht zementieren will. Dies aber darf nicht eine Orientierung am unteren, sondern am oberen Level sein. Denn gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Die Beamtinnen und Beamten brauchen verlässliche Grundlagen für ihre Lebensplanung die ihnen auch einen ordentlichen Lebensstandard garantieren, insbesondere, wenn sie, wie bei den Polizeibesetzten, durch den Schichtdienst jahrelang nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP gibt zur Dienstrechtsreform noch nicht viel her. Es ist nur festgelegt, dass es sie geben wird und diesbezüglich:

- ê eine Vereinfachung des Laufbahnrechts
- ê die Fortentwicklung der leistungsorientierten Bezahlung (hoffentlich nicht für die Polizei, es sei denn, mittels mehr Beförderungsmöglichkeiten, wie in Bayern); diese muss, wenn schon, on-top aus dem Haushalt, nicht mittels Finanzierung durch die Beschäftigten erfolgen
- ê Anhebung der Lebensarbeitszeitgrenzen, stufenweise um zwei Jahre (Anpassung an das Rentenrecht), besondere Altergrenzen, wie bei Polizei und Feuerwehr erfahren Sonderegelung
- ê Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten, weil sie an der 42-Stunden-Woche festhalten wollen.

Von einer eigenen Besoldung „P“ (Polizei), wie von beiden Fraktionen vor den Wahlen bereits gehört, ist hier noch nicht die Rede. Sollte die Landesregierung diese einführen wollen, bedarf dies zusätzlich einer besonderen Beteiligung der Polizeigewerkschaften. Hierzu haben wir aber bereits eine Kooperation mit BDK und DPolG. Die ersten Arbeitssitzungen verlaufen harmonisch und zielorientiert.

Im Falle eines eigenen Dienstrechtes, Laufbahn und Besoldung für die Polizei werden wichtige Verhandlungspunkte jedenfalls die besondere Lebensarbeitszeitgrenze sowie die Besoldung/Versorgung sein. Die besondere Lebensarbeitsgrenze von 60 Jahren ist für uns nicht als Privileg eingeführt worden, sondern trägt unseren belastenden Arbeitsbedingungen, insbesondere des jahrelangen Schichtdienstes, Rechnung. Es darf nicht soweit kommen, dass das Motto greift „62-jähriger Polizist sucht gleichaltrigen Straftäter.“ Dies geht an der Realität vorbei. Eine Zunahme von (eingeschränkter) Dienstunfähigkeit kostet auch Geld und produziert für den Bürger keine verbesserte Sicherheit.

Schaut man über die Landesgrenzen hinaus, erkennt man ein Sammelsurium an unterschiedlichen Regelungen. Einige Länder und der Bund übernehmen die stufenweise Erhöhung der Lebensarbeitszeit analog des Rentenrechtes, andere legen willkürlich Altersgrenzen fest, und das auch noch für verschiedene Laufbahngruppen getrennt. Andere sind mutig und lassen es vorerst einmal bei den alten Grenzen. Man weiß ja schließlich nicht, was in ein paar Jahren sein wird. Dies muss bei Verlängerungen jedenfalls evaluiert werden (Revisionsklausel). Die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird auch unterschiedlich gehandhabt.

### **Ähnliches ist bei der Besoldung zu beobachten.**

Einige Länder behalten bei der Polizei den mittleren Dienst, andere nicht. Der Bund hat schon durch die letzte Übernahme des Tarifergebnisses des TVöD (zur Erinnerung: insgesamt 8%) eine höhere Vergütung zahlt, hat nun in seiner Grundgehaltstabelle die Stellenzulage sowie die Sonderversgütung (Weihnachtsgeld) integriert. Dies gibt zum einen Sicherheit, dass diese Zulagen nicht einfach gestrichen werden können, zum anderen sind diese damit auch für die Versorgungsberechnung gesichert.

Bayern will die Polizeizulage beibehalten und auch ruhegehaltswirksam stellen. Die meisten anderen nicht. Bei einer eigenen Besoldung „P“ kann es deshalb nur heißen: Stellen- und Polizeizulage als auch das verbliebene Weihnachtsgeld in das Grundgehalt einbauen. Dies gibt Sicherheit, nicht nur für das Arbeitsleben, sondern auch für den Ruhestand.

Dazu noch ordentliche Stellenpläne und einfache Beurteilungs- sowie Versetzungsrichtlinien, und die Polizei könnte sich auf Jahre hinaus ihrer originären Arbeit widmen und bräuchte sich nicht mehr mit sich selbst zu beschäftigen. Auch dies würde Finanzmittel einsparen.

Es darf nicht so weit kommen, dass verschiedene Länder, die mehr Finanzspielraum haben, anderen, wie zur Zeit schon bei den Lehrern Praxis, Polizisten/Innen abwerben. Sicherheit ist ein hohes Gut und sollte allen Bundesbürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Dass einige Bundesländer die Anzahl der Laufbahnen verringern, die Laufbahngruppen zusammenfassen (1 = einfacher und mittlerer Dienst, 2 = gehobener und höherer Dienst) sei an dieser Stelle nur vollständigheitshalber erwähnt.

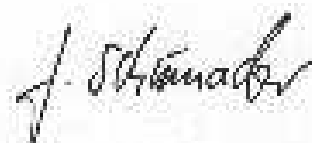
Damit soll es für die erste Ausgabe 2009 erst einmal genug sein. Bei weiteren Erkenntnissen erfolgen an Euch auch die entsprechenden Informationen.

**Euch allen viel Glück im Jahr 2009 und bleibt gesund.**

Euer



Ewald Gerke  
BZG-Osthessen



Jörg Schumacher  
BZG-Südosthessen

# Wir waren dabei!

## GdP-Teilnehmer aus Hessen unterstützen die Kolleginnen und Kollegen in Hannover bei der Durchsetzung ihrer Gehaltsforderungen.

Am 03.02.2009 veranstaltete die GdP Bund, ver.di, GEW und dem DBB einen bundesweiten Aktionstag in Hannover.

Rund 14.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter nahezu 5 000 in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisierte Tarifbeschäftigte, Polizistinnen und Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, haben in einer machtvollen Demonstration in Hannover die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach einer Einkommenssteigerung von 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro, für jeden Beschäftigten der Länder eindrucksvoll untermauert. Auch wir von der Bezirksgruppe Südosthessen waren dabei!

Mit zwei Kleinbussen starteten wir am frühen morgen von Offenbach über Hanau und Gelnhausen in Richtung Hannover. Kurz vor Kassel haben wir eine Rast eingelegt und es gab, wie bei allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen der BZG Südosthessen, die allseits bekannte gute Rhöner Wurst. Kaffee und „Erfrischungsgetränke“ gab es auch in ausreichender Menge. Für uns steht außer Frage, dass bei solchen Veranstaltungen natürlich der Spaß- und Unterhaltungsfaktor eine wichtige Rolle spielen muss. Gegen 11.00 Uhr trafen wir auf dem Schüt-



Teilnehmer aus Südosthessen bei der Groß-Demo in Hannover.

zenplatz, dem Aufstellungsplatz des Umzuges, in Hannover ein. Die hohe Anzahl der dort abgestellten Busse ließ sofort erahnen, dass sich zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus der ganzen Bundesrepublik in Hannover eingefunden hatten.

Im gemeinsamen Block der Hessen GdP, unter ihnen auch zahlreiche Mitglieder des Landesvorstandes marschierten wir in einem endlosen Demo-Zug zum Opernplatz in die Innenstadt. Was für ein Aufzug!

Die grünen Fahnen der GdP, die immer zahlreicher wurden, fanden ein reges Interesse, sowohl der anderen Gewerkschaften als auch zahlreicher Fotografen und Pressevertreter.



Frühstückspause.

Lang und breit war er, viel beachtet von zahlreichen Schaulustigen – Aufsehen hat er erregt-, das lässt sich wohl nicht bezweifeln!!!

Mittendrin wir von der GdP, der „grüne Block“. Klasse sahen wir aus, in unseren gelb/grünen Signalfarbenjacken, die nicht zu übersehen waren, ergänzt von unseren grünen und schwarzen GdP-Käppis. Zahlreich auch die Teilnehmer, die in Uniform an der Kundgebung und am Demozug teilnahmen. Eine Tatsache, die derzeit in Hessen noch ein „Diszi“ nach sich ziehen würde.

Auf dem Opernplatz eine imposante Bühne, eine Musikgruppe als unschlagbarer Stimmungsmacher mit Musik, die weder jung noch alt ruhig stehen ließ. Man hatte das Gefühl, der Opernplatz plötz aus allen Nähten.

Es folgten klare Worte von Gewerkschaftsvertretern in Richtung Politik. Kämpferisch, emotionalisiert und doch klar durchdacht und strukturiert.

Wir mitten drin, genau vor der Bühne, immer im Blickpunkt vieler Kameras. Die Polizei fand deutliche Beachtung.

„In den letzten zehn Jahren haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Verzicht leisten müssen und die Haushalte konsolidiert. Unsere Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht wieder Opfer vorgeschobener Sparzwänge werden. Wir stemmen uns jetzt mit aller Macht dagegen, dass wir auch noch die Zeche für das geldgierige und skrupellose Handeln von Kapitalisten-Junkies bezahlen sollen. Mit dem Sparen muss jetzt Schluss sein!“, rief GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg auf dem Opernplatz in Hannover den Demonstrantinnen und Demonstranten zu.

Dieser überwältigende Protest der Beschäftigten, so Freiberg, sei das unmissverständliche Signal an die öffentlichen Arbeitgeber: „Bis hierher und nicht weiter!“ Man habe den Beschäftigten vor den Kopf ge-

stoßen, die gemeinsame Forderung von GdP, ver.di, GEW und dbb-Tarifunion brüsk als „nicht von dieser Welt“ und als „unverhandelbar“ zu bezeichnen. Es sei zudem eine Unverfrorenheit, dass nach zwei Verhandlungsrunden noch immer kein Gegenangebot vorläge. Nun müssten die Verhandlungsführer der Länder Finanzminister Möllring (Niedersachsen), Linssen (Nordrhein-Westfalen) und Speer (Brandenburg) sich bewegen. Freiberg: „Angesichts tausender zorniger Beschäftigten heute in Hannover und vieler Warnstreiks in ganz Deutschland stellt sich die Frage, worauf die Herren denn noch warteten?“

Eine mitreißende Rede unseres Bundesvorsitzenden. Wichtig war es, Flagge zu zeigen, denn auch in Hessen stehen Tarifverhandlungen

an, auf die das Ergebnis der TdL Einfluss haben wird.

Trotz der langen Anfahrt eine, aus meiner Bewertung heraus, eine gelungene Veranstaltung.

Wann ist eigentlich eure Schmerzgrenze erreicht? Wann seid ihr mit dabei, um für gerechte Entlohnung und Versorgung, die Tag für Tag mehr dem Reallohnverlust unterliegt, zu kämpfen? Sprecht uns an, die nächsten Demos sind schon in Planung.

**Wir wollen 8 Prozent - mindestens 200 Euro mehr**

Matthias Schack  
Kreisgruppe Offenbach

## Polizei ist kein Freiwild

Mehr Achtung und Respekt vor dem Gesetz und ihren staatlichen Vertretern hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert. Polizeibeamte würden oft als Freiwild angesehen – auf der Straße ebenso, wie im Gerichtssaal. Die GdP fordert höhere Strafen für Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Die Zahl der Widerstände habe, so Freiberg, seit 2000 um über 25 Prozent auf 26.782 in der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik registrierte Taten zugenommen.

**Viele Kolleginnen und Kollegen machen zudem vor Gericht die Erfahrung, dass es sich meist nicht lohnt, Beleidigungen oder Widerstandshandlungen, die sie im Dienst erleben, überhaupt anzuzeigen.**

Das Ausmaß, dass die Werte- und Normenerosion in der Gesellschaft mittlerweile annehme, sei enorm und umfasse alle Schichten der Bevölkerung. Wenn dagegen nichts unternommen wird, kann diese Entwicklung für unsere Gesellschaftsordnung, unsere Demokratie

und für jeden Einzelnen sich als größere Gefahr erweisen, als der Terrorismus.

Die GdP forderte die Innenminister auf, die kriminologische Forschung über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wieder aufzunehmen und nicht auf im

Dienst getötete Beamte zu beschränken. Freiberg: „Die letzte Studie datiert aus dem Jahr 2000. Sie muss fortgeschrieben werden. Die Innenpolitiker sollten sich nicht dem Verdacht ausliefern, ihnen sei dieses Thema unangenehm.“

## GdP fordert besseren Schutz

Die seit Jahren zu beobachtende Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte darf nach den Worten des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, nicht weiter hingenommen werden.

Freiberg: „Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, die kriminologische Forschung über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wieder aufzunehmen. Die letzte Studie datiert aus dem Jahr 2000. Sie muss fortgeschrieben werden. Die Innenpolitiker sollten sich nicht dem Verdacht ausliefern, ihnen sei dieses Thema unangenehm.“

Gleichzeitig erneuerte der GdP-Vorsitzende die Forderung seiner Organisation nach höheren Strafen für Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Freiberg: „Unvermittelte Angriffe auf Gesundheit und Leben meiner Kolleginnen und Kollegen sind polizeilicher Alltag.“

Sie setzen sich stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger diesen Gefahren aus. Deshalb muß allen potenziellen Straftätern klargemacht werden: Bei einem Angriff auf einen Polizeibeamten kommt keiner mit Sozialstunden oder Bewährung davon.“

## Vertretbares Ergebnis: Fünf Prozent mehr

Für den öffentlichen Dienst der Länder gibt es eine Tarifeinigung. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben im Tarifstreit um den öffentlichen Dienst der Länder einen Kompromiss erzielt. Unbefristete Streiks sind damit abgewendet. Die Einkommen der 700.000 Beschäftigten der Länder werden in zwei Stufen um rund fünf Prozent, verteilt auf zwei Jahre, steigen.

Aus diesen Schritten errechnet sich ein Gesamtvolumen von etwa fünf Prozent. Der Sockelbetrag schlägt mit rund 1,6 Prozent zu Buche. Berücksichtigt man dazu noch den tabellenwirksamen Einbau der Leistungszulage, beträgt das Volumen über die gesamte Laufzeit sogar 5,8 Prozent.

Auszubildende erhalten 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010. Im Tarifgebiet Ost werden zum 1. Januar 2010 alle Entgelte auf 100 Prozent des Westniveaus angepasst.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das ist ein vertretbares Ergebnis angesichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen, besonders für die unteren Einkommensgruppen. Ich freue mich, dass wir zudem erreichen konnten, dass die Einkommenserhöhungen zeit-



**GdP-Bundesvorsitzender Freiberg (links) während der Pressekonferenz im Anschluss an die Tarifeinigung. (Foto gdp)**

gleich für Ost und West gelten. Wir fordern die Länder auf, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen.“

### Anmerkung für Hessen:

**Für Hessen gilt nach wie vor die Forderung nach 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro. Unsere Bedingungen sind auch etwas anders, da wir in Hessen keine Leistungsbezahlung (gem. § 18 TV-L ) haben. Diese Leistungsbezahlung ist in das Tarifiergebnis mit einbezogen worden.**

### Das Verhandlungsergebnis im Einzelnen:

- q Einmalzahlung insgesamt 40 Euro für Januar und Februar 2009,
- q Sockelbetrag 40 Euro ab 1. März 2009,
- q anschließend 3,0 Prozent ab 1. März 2009 1,2 Prozent ab 1. März 2010,
- q keine Abkopplung des Tarifgebietes Ost
- q Auszubildende 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- q Laufzeit bis 31. Dezember 2010

**Wir brauchen kein neues Verhandlungsergebnis vorzulegen. Wir haben unsere Forderung bereits mitgeteilt.**

**Und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung für die Beamtinnen und Beamten wird unsere Bedingung sein. Wortbruch, wie im letzten Jahr, werden wir nicht kommentarlos hinnehmen!**

## Alimentation kinderreicher Familien

In seinem Urteil ist das Bundesverwaltungsgericht zu einer völlig anderen Auffassung gelangt. Es setzt sich intensiv mit der bisher ergangenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auseinander und stellt dabei grundsätzlich durchaus eine unterschiedliche Rechtslage nach dem 01.01.2000 im Verhältnis zu dem Zeitraum vor dem 01.01.2000 fest. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts sei das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung aus November 1998 sehr weit gegangen und habe eine Anspruchsgrundlage aufgrund von Rechtsprechung geschaffen im Gegensatz zu

einer normalerweise existierenden Anspruchsgrundlage für die Besoldung aufgrund Gesetzeslage. Trotzdem legt das BVerwG die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so aus, dass dadurch das Erfordernis der zeitnahen Geltendmachung (im laufenden Haushaltsjahr) nicht aufgehoben sei. Nach seiner Auffassung soll dies auch gar nicht möglich sein, da die jetzt geschaffene Anspruchsgrundlage (aufgrund von Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts) ein Minus sei gegenüber der „normalerweise“ existierenden Anspruchsgrundlage, also einem Gesetz.

Das Bundesverwaltungsgericht folgt der überwiegenden Mehrzahl der Oberverwaltungsgerichte, die bisher alle gleichlautend wie das BVerwG entschieden haben. Da die Auslegung des Bundesverfassungsgerichtsurteils in der Rechtsprechung bundesweit so eindeutig ablehnend ist, steht nicht zu erwarten, dass das BVerfG jetzt von seiner bisherigen Rechtspraxis (bis zum 01. Januar 2000) abweichen wird.

## Rudolf Dippel für langjähriges Gewerkschaftsengagement geehrt

Im Rahmen der kürzlich stattgefundenen Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Vogelsberg wurde Rudolf Dippel aus Schwarz vom Landesvorsitzenden der GdP Hessen, Jörg Bruchmüller, für 50 Jahre aktive Mitgliedschaft geehrt.

Zuvor gedachte die Versammlung jedoch dem langjährigen Kreisgruppenmitglied Karl Hill, der im letzten Jahr im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Bis zuletzt war Karl Hill ein aktives Mitglied der Gewerkschaft und nahm regelmäßig an den Veranstaltungen der Kreisgruppe teil.

Der Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Denke-Otterbein ließ es sich nicht nehmen, die Verdienste von Rudolf Dippel in seiner Laudatio zu würdigen.

In den 50 Jahren Mitgliedschaft wurden zahlreiche Ämter von Rudi übernommen. In der Gewerkschaft hat er neben dem Amt des stellvertretenden Vorsitzenden auch jahrelang die Führung als Vorsitzender in der damaligen Kreisgruppe Lauterbach übernommen. Bis heute ist er als Seniorenvertreter im Vorstand aktiv.



**Gut besucht war die Jahreshauptversammlung im Gasthof "Graulich" in Rainrod. Helmut Hasenpflug (mittleres Bild-rechts) wurde ebenfalls für 25-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt.**

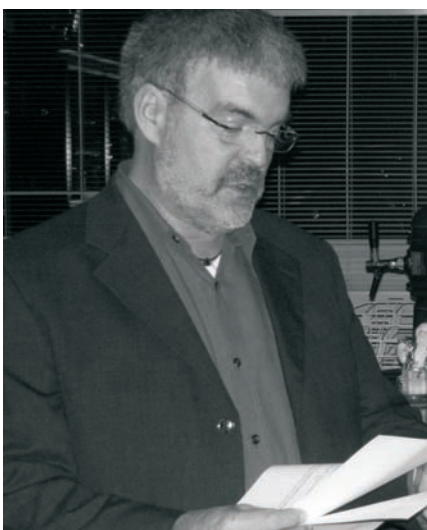
Weiterhin konnte er als GdP-Vertreter im Personalrat der Polizei im Vogelsberg und im damaligen Gesamtpersonalrat beim Landrat des Vogelsbergkreises die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten.

In den insgesamt 35 Jahren Personalratsarbeit wirkte Rudolf Dippel alleine 18 Jahre als Vorsitzender des örtlichen Personalrats der Polizei. 20 Jahre Vorsitzender des Gesamtpersonalrats beim Landrat des Vogelsbergkreises prägte er durch seine Tätigkeit. Auf überörtlicher Ebene vertrat Dippel 13 Jahre die Interessen der Beschäftigten aus dem Vogelsberg im Bezirksperso-

nalrat beim Regierungspräsidium in Gießen.

Für diese Verdienste wurde ihm bereits 1987 der Ehrenbrief des Landes Hessen durch den damaligen Landrat Dr. Jochen Zwecker verliehen.

Jörg Bruchmüller gratulierte dem Jubilar recht herzlich und lobte das hohe Engagement für die Gewerkschaft der Polizei durch Rudolf Dippel. Eine Ehrenurkunde und Ehrennadel wurden ihm dafür verliehen. Von der Kreisgruppe erhielt Rudi noch ein schönes Präsent. In seinen Dankesworten versäumte es Rudi Dippel nicht, den Anwesenden ...



**Kreisgruppenvorsitzender Wolfgang Denke-Otterbein während seines gewerkschaftlichen Berichts.**



... die Wichtigkeit von aktiver Gewerkschaftsarbeit deutlich zu machen. Nicht nur die reine Mitgliedschaft (ist natürlich auch schon sehr wichtig), sondern selbst Engagement für die Kolleginnen und Kollegen an den Tag zu legen. Für die Interessen aller einzutreten, ist heute nicht mehr selbstverständlich. Nur wenn alle zusammenstehen, lässt sich gegenüber dem Arbeitgeber etwas durchsetzen. So wurde in der Vergangenheit, auch gegen hartnäckige Widerstände, vieles durchgesetzt, wovon die heutigen Kolleginnen und Kollegen immer noch profitieren. Nicht nur die sog. „Funktionäre“, sondern normale Mitglieder müssten schon dafür sorgen, dass „Nichtmitglieder“ in einer Gewerkschaft von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit überzeugt werden und beitreten.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden weiterhin geehrt:

**Helmut Hasenpflug, Volker Gnau, Gerlinde Hehlgans und Günter Neeb.**



**Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller (rechts) gratuliert Rudolf Dippel (links) recht herzlich und überreicht ihm die Ehrenurkunde.**

In seinem Rechenschaftsbericht ging Wolfgang Denke-Otterbein auf die im Berichtszeitraum stattgefundenen Ereignisse ein. Verschiedene Vorstandssitzungen, unter anderem mit dem Landtagsabgeordneten Manfred Görig (SPD) im letzten Sommer, wurden abgehalten.

Ein PC-Seminar an der Vogelsbergschule mit dem Thema: „Outlook“ fand reges Interesse. Die Teil-

nahme an Bezirksgruppenveranstaltungen, Delegiertentagen, verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen, aber auch als herausragende Aktion die sog. Postkartenaktion zum Thema Stellenabbau bei der Polizei wurden ausführlich dargestellt.

Natürlich kam auch das „Gesellige“ nicht zu kurz. Tipp-Kick-Turnier, Spanferkelessen mit Stammtisch, Brauereibesichtigung und eine Zweitagesfahrt nach Dresden standen auf dem Programm.

Ein weiterer größerer Tagesordnungspunkt war die Stellensituation bei der Polizei im Vogelsberg. Insbesondere hatten ja Lauterbacher Kollegen in anonymen Schreiben der Öffentlichkeit Missstände in der Besetzung bzw. Abzug von Planstellen im Schichtdienst mitgeteilt.

Die GdP hatte seit Jahren von dieser Entwicklung immer wieder gewarnt auch in der Presse berichtet und Abhilfe gefordert. Einstellung von Wachpolizei auf Vollzugsstellen, Personalver( nicht- ungsstelle) PVS, Stellenverlagerungen, alles das wurde immer wieder dargestellt.

Auch Politiker wurden über die Veränderungen (nicht zum Vorteil) im Bereich Vogelsberg im Stellenplan des Polizeipräsidiums Osthessen informiert.

Im Anschluss trugen die Kassenprüfer ihren Prüfungsbericht vor und bescheinigten dem Kassenwart Herbert Fischer eine sehr ordentliche und gewissenhafte Kassenführung. Auf Antrag der Kassenprüfer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Jörg Bruchmüller berichtete der Versammlung umfangreich aus Sicht der GdP über die Geschehnisse im Lande Hessen. Die Verhandlungen im Tarifbereich sind im vollen Gange und Jörg Bruchmüller versprach den Anwesenden, dafür zu kämpfen, dass am Ende für die Tarifbeschäftigten ein gutes Ergebnis erzielt wird.

Ebenso nutzte Ewald Gerk als Bezirksgruppenvorsitzender die Gelegenheit, die Betrachtung verschie-

dener Vorgänge im Polizeipräsidium Osthessen als Gewerkschaft vorzunehmen. Insbesondere die Berechnung des Personals aufgrund der Arbeitsbelastung und deren Umsetzung im PP Osthessen waren ein Thema. Hierbei war die Polizeidirektion Vogelsberg nicht so schlecht weggekommen und es müsste eigentlich ein Personalzuwachs stattfinden.

**Bleibt abzuwarten, ob die Umsetzung der Ergebnisse auch 1:1 stattfinden.**

Die erfolgreiche Seniorenarbeit in der Kreisgruppe spiegelt sich in diversen Veranstaltungen wider. Stammtisch alle zwei Monate und zusätzliche Termine mit Partnern (kleine Fahrten, Besichtigungen, gemütliches Beisammensein) sind immer gut besucht.

Auch die Teilnahme an der Seniorenveranstaltung der Bezirksgruppe jedes Jahr wird immer gerne zahlreich wahrgenommen.

Zum Schluss dankte der Vorsitzende allen Teilnehmern für ihr Erscheinen, dem Vorstand für die geleistete Arbeit und wünschte sich für die Zukunft eine weiterhin konstruktive und zum Wohle aller Mitglieder der Kreisgruppe zielführende Tätigkeit im Kreisgruppenvorstand.

W. Denke-Otterbein  
Kreisgruppenvorsitzender



# Auf den ersten Blick gute Ansätze

## Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP

**Am Sonntag, 27. Januar 2009 haben sich die hessischen Wählerinnen und Wähler mehrheitlich für eine bürgerliche Regierung von CDU und FDP ausgesprochen.**

Schon in der darauffolgenden Woche begannen die Koalitionsverhandlungen. Bei der konstituierenden Sitzung des Landtages wurde Roland Koch erneut zum neuen Hessischen Ministerpräsidenten gewählt.

Die veröffentlichte Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP hat aus unserer Sicht zwei wesentliche Aussagen. Die sind zum einen die Aussagen zum Haushalt. Dazu heißt es in der Koalitionsvereinbarung:

Alle Vereinbarungen über zusätzliche Ausgaben stehen daher unter dem Vorbehalt, dass durch sie das Ziel des ausgeglichenen Haushalts nicht gefährdet wird. ... Im Falle einer grundsätzlichen Steuerreform sind wir bereit, von diesem Grundsatz abzuweichen, wenn zumindest mittelfristig ein ausreichendes Steueraufkommen gesichert ist. CDU und FDP vereinbaren:

- Q Wir halten am Ziel der Beendigung der Nettoneuverschuldung fest. ... Diese außergewöhnlichen Defizite müssen durch große Konsolidierungsanstrengungen und bessere Steueraufkommen im nächsten Aufschwung zunächst abgearbeitet werden.
- Q Die Zielsetzung des Abbaus der Verschuldung zwingt uns zu einschneidenden Maßnahmen in der Haushaltswirtschaft:
- Q Wir werden trotz zusätzlicher Personalstellen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit sicherstellen, dass die Zahl der Stellen im Landeshaushalt in dieser Legislaturperiode nicht wächst. ...

In puncto Innere Sicherheit wurden ab Seite 59 Aussagen zu den beabsichtigten Maßnahmen der Regierungskoalition gemacht. So heißt es: „... Die Erfolge in der inneren Sicherheit sind ganz wesentlich auf die hohe Motivation und Einsatzbereitschaft bei der Polizei und in den Sicherheitsbehörden zurück-



zuführen. Ihre Arbeit gilt es durch personelle, technische, strategische und rechtliche Maßnahmen weiter konsequent zu unterstützen. ...“

Auf den fortfolgenden Seiten sind weitere Aussagen zu Einzelmaßnahmen getroffen worden. So soll die Stärkung des Polizeidienstes fortgesetzt und in diesem Jahr insgesamt 550 Polizeianwärter eingestellt werden. Da für die Neueinstellungen nicht ausreichend Ausbildungsplanstellen vorhanden sind, wurden im Februar 2009 die nicht besetzten Planstellen des polizeilichen Einzeldienstes eingesammelt und sollen (hoffentlich) zeitlich begrenzt für die Polizeianwärter genutzt werden.

Die Einstellung von zusätzlichen 150 Wachpolizisten auf neu zu schaffenden Angestelltenstellen und darüber hinaus sollen weitere 200 Angestelltenstellen zur Verfügung gestellt werden, damit Polizei-

vollzugsstellen frei werden, die derzeit von bereits in der Vergangenheit eingestellten Wachpolizisten besetzt sind.

Zur Bewertung der neuen Tarifstellen für die Wachpolizei ist keine Aussage getroffen worden. Bleibt zu hoffen, dass damit endlich eine ausreichende Anzahl an BAT Vc-Stellen zur Verfügung gestellt wird, um bereits die, bei der Einstellung der Wachpolizisten in Aussicht gestellten Ein-/Höhergruppierungen vornehmen zu können.

Auch ist keine Aussage darüber getroffen worden, wie die freiwerdenden Polizeivollzugsstellen verwandt werden. Da seiner Zeit Stellen des polizeilichen Einzeldienstes, in der überwiegenden Anzahl aus dem Streifen- und Ermittlungsdienstes, dafür genutzt wurden ist es nicht mehr als recht, dass diese auch wieder in den Streifen- und Ermittlungsdienst zurückfließen.

Für die weiteren Stellenzusagen, die für die Einstellung von Spezialisten für Wirtschaftskriminalität, Kriminaltechnik und Informations-/Telekommunikationstechnik benötigt werden, müssen folglich neue Planstellen im kommenden Haushalt geschaffen werden. Ebenso verhält es sich mit den, vor der Landtagswahl ins Leben gerufenen „Netzwerken gegen Gewalt“ und den damit einhergehenden Stellenbedarf bei der Polizei.

Bleibt zu hoffen, dass die, für die Innere Sicherheit positiven Maßnahmen sich für die hessische Polizei nicht als Mogelpackungen erweisen, weil die Maßnahmen wieder einmal von der Polizei bezahlt werden müssen.

Ewald Gerk

## Wie immer gut besucht! Kreisgruppe Fulda trifft sich in Steinau

**Wie immer gut besucht! Kreisgruppe Fulda trifft sich in Steinau. Interessante Themen, Informationsaustausch und Ehrung verdienter Gewerkschaftsmitglieder sind Garant für einen kurzweiligen Abend.**

Neben dem Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller konnte Kreisgruppenvorsitzender Thomas Scheunert auch den BZG-Vorsitzenden Ewald Gerk begrüßen.

Bevor Thomas Scheunert seinen gewerkschaftlichen Bericht abgab, wurde derer gedacht, die im vergangenen Jahr verstorben sind. Stellvertretend sei an dieser Stelle Maria Exner genannt. Sie wurde 93 Jahre alt und war die Witwe eines, im Dienst tödlich verunfallten Kollegen. Maria Exner hätte in diesem Jahr ihr 60jähriges Gewerkschaftsjubiläum begangen.

Die Aussagen der Parteien im Verlauf der Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ nahm Thomas Scheunert zum Anlass und gab einen Ausblick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP. Das die beiden Parteien für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes keine „großen Sprünge“ machen werden wurde bereits zu Anfang der Veranstaltung in Frankfurt deutlich. Zufrieden zeigte sich Thomas Scheunert mit der Beteiligung. Die Bezirksgruppe hatte einen Bus organisiert, der gut besetzt war.

Fast genau vor einem Jahr veranstaltete die GdP Hessen eine Unterschriftenaktion, um auf die verheerende Personalmissere hinzuweisen. Von den landesweit 36000 Postkarten stammte ein nicht unbeträchtlicher Teil aus der osthessischen Region.

Wie schnell gewerkschaftliche Aktionen Betroffenheit auslösen kann, wurde an der Prangeraktion des DGB zum 1. Mai 2007 deutlich. Der hiesige Finanzinvestor Helmig



**Gut besucht.**

konnte es nicht ertragen, dass er vor dem Hotel „Kurfürst“ an den Pranger gestellt wurde. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Kassel sah das alles anders aus. Als Person der relativen Zeitgeschichte, wie ihn der vorsitzende Richter bezeichnete, muss man eben mehr hinnehmen. Schließlich schloss man einen Vergleich, die Gewerkschafter verließen als „Punktsieger“ das Feld.

Regional stoßen die Aufkündigung der Dienstvereinbarungen durch PP Sauer zu Unverständnis, zumal der Polizeipräsident keinen nachhaltigen Dialog mit dem Personalrat pflegt. Im Anschluss gab Thomas Scheunert noch einen Ausblick auf die Beförderungsrunde 2009.

Im Anschluss wurde, für den erkrankten Kassierer Holger Bachmann der Kassenbericht vorgele-

sen. Herbert Bensing trug das Ergebnis der Kassenprüfung vor und beantragte die Entlastung, dem auch Zustimmung erteilt wurde.

Bei den sich anschließenden Ehrungen wurden für:

**25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit: Ewald Baufeld, Udo Grösch, Harald Höfer, Harald-Josef Janßen, Walter Schmitt, Michael Otto,**

**40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit: Eduard Kramm, Josef Fischer, Reiner Deberle, Otto Naderer.**

**50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit: Heinrich Lorenz,**



**25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum v.l.:** Kreisgruppenvorsitzender Thomas Scheunert, Ewald Baufeld, Walter Schmitt, Harald Höfer, Harald Janßen, Michael Otto und Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.

**Für 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit wurde Heinrich Lorenz (Bildmitte) geehrt.**



**40 Jahre gehören Reiner Deberle (zweiter von links) und Josef Fischer (zweiter von rechts) der Gewerkschaft an.**

**60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit: Hans Hartmann** (der leider krankheitsbedingt verhindert war)

geehrt. Die Ehrungen nahmen der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller und der BZG-Vorsitzende Ewald Gerk vor. In seinen Worten dankte Bruchmüller den Jubilaren und gab einen Rückblick auf die vielen Aktionen der GdP in den zurückliegenden 50 Jahren.

Neben der Postkartenaktion machte Jörg Bruchmüller Ausführungen zu den letztjährigen Tarif- und Gehaltserhöhungen. Das hessische Chaos auf der landespolitischen Bühne war ebenso Gegenstand seiner Ausführungen wie die aktuelle Finanzkrise. Bei der bevorstehenden Tarifrunde in Hessen, müssen die Beschäftigten eine ansehnliche Tariferhöhung erhalten. Wer den Menschen sprichwörtlich „Geld auf die Hand gibt“ kurbelt nachhaltig die Binnennachfrage an. Daneben war die Dienstrechtsreform in Hessen und die damit einhergehenden Verhandlungen ein spannender Abschnitt seiner fast

einstündigen Ausführungen. Die Kooperation mit dem BdK und DPolG sei notwendig und zielführend im Sinne der Beschäftigten. Nur so lasse sich das Bestmögliche in den Verhandlungen mit der Politik erreichen. In diesen Verhandlungen stehen neben dem Zulagenwesen auch die Wochenarbeitszeit und

die Grundstrukturen der Beamtensoldung auf der Tagesordnung. Darüber hinaus dürfe auch der Tarifbereich nicht vergessen werden. Durch den Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft müsse in den Verhandlungen positives und richtungweisendes für die Tarifbeschäftigten erreicht werden. Die heutigen Arbeitsplatzbeschreibungen sind überwiegend mehrere Jahrzehnte alt und spiegeln die heutigen Tätigkeiten der Polizeibeschäftigten nicht immer wieder.

Nach einem interessanten und kurzweiligen Abend schloss Thomas Scheunert die Jahreshauptversammlung und versprach den Anwesenden ein sprichwörtlich „spannendes und ereignisreiches Jahr“.

Ewald Gerk

## Bundesarbeitsgericht: E-Mail Werbung in Dienststellen erlaubt!

In einer Pressemeldung des BAG v. 20.01.2009 wird auf eine Entscheidung hingewiesen, in der E-Mail-Werbung und Information unter Nutzung des dienstlichen/betrieblichen E-Mail-Systems für eine Gewerkschaft als zulässig betrachtet wird.

Diese Frage hatte u. a. auch in Tarifrunde 2008 im Bereich des TVöD eine Rolle gespielt. Hier stand in Frage, ob man Streikaufrufe per E-Mail versenden darf. Vorbehaltlich der Lektüre des vollständigen

Textes wird man das wohl nach Maßgabe dieser Entscheidung als zulässig einstufen können, da ausdrücklich „Werbung und Informationen“ erfasst sind.

Der Hinweis des BAG, dass der Versand der E-Mails nicht zu nennenswerten Störungen des Betriebsablaufes führen darf, bezieht sich offensichtlich auf den technischen Vorgang des Versendens und nicht den Inhalt der Mail.

(Az.: 1 AZR 515/08)

# Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2008 veröffentlicht

## Höhere Aufklärungsquote bei zurückgehender Kriminalität

Die Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) in der zweiten Januarwoche mag der technologischen Fortentwicklung oder der bevorstehenden Landtagswahl geschuldet sein. An diesen Spekulationen möchte sich die GdP Hessen nicht beteiligen.

Die abermals gestiegene Aufklärungsquote auf die Rekordmarke von 57,1 Prozent bei wiederum gesunkenen Straftaten ist nicht nur Beleg für die hohe Qualität polizeilicher Arbeit, sondern vor allem auf die hohe Motivation und das hohe Engagement aller Beschäftigten der hessischen Polizei zurückzuführen.

Dieses Ergebnis ist um so höher zu bewerten, wenn man die täglichen Rahmenbedingungen betrachtet.



Die zunehmende Arbeitsbelastung spiegelt sich unter anderem in einer Vielzahl von Überstunden wider und macht die anhaltend defizitäre Personalsituation deutlich. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Aufgaben erfüllen.

Hinzu kommen zusätzliche Belastungen durch eine Vielzahl von Sondereinsätzen.

Wo könnte die hessische Polizei stehen, wenn sie personell besser aufgestellt wäre?

Innere Sicherheit kostet Geld! Geld für Liegenschaften, Sachmittel und Personal. Was nutzt die modernste Technik, wenn nicht ausreichend Personal vorhanden ist, um diese zu bedienen?

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit erfordert zudem engagiertes, motiviertes sowie leistungswilliges und -fähiges Personal. Dass dem so ist, das stellen die Beschäftigten der hessischen Polizei jeden Tag unter Beweis, was sich auch eindrucksvoll an den erzielten Ergebnissen ablesen lässt. gdp/eg

## Boris Rhein neuer Staatssekretär im Innenministerium



Der am 2. Januar 1972 in Frankfurt am Main geborene Boris Rhein wurde am 5. Februar 2009 Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport. Er ist Nachfolger von Oda Scheibelhu-

ber, die das Amt von April 2003 bis Februar 2009 inne hatte.

Nach dem Abitur im Jahr 1991 studierte Rhein Rechtswissenschaften in Frankfurt an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Im Anschluss an das erste Staatsexamen im Jahre 1997 war er als Zivildienstleistender in den Praunheimer Werkstätten als Betreuer für Schwerstbehinderte tätig. Nach dem zweiten Staatsexamen im Jahre 2000 arbeitete er als Rechtsanwalt und ist seit 2006 als hauptamtlicher Dezernent bei der Stadt Frankfurt tätig. Zuletzt war er in Frankfurt für Recht, Wirtschaft und Personal verantwortlich.

Rhein ist verheiratet, hat einen Sohn und lebt in Frankfurt am Main.

eg

## Erschreckende Praktiken in der Privatwirtschaft

Einen ebenso strengen Umgang mit persönlichen Daten, wie es bei staatlichen Behörden und Organisationen vorgeschrieben ist, hat der GdP-Bundesvorsitzende für Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe angemahnt. „Der gläserne Arbeitnehmer und der gläserne Kunde sind ebensolche Horrorvorstellungen wie der gläserne Bürger. Die jüngsten Datenschutz-Skandale bei der Deutschen Bahn AG, die Kamera-Überwachung von Beschäftigten bei Supermarkt-Konzernen und die Ausspähung von Telekommunikationsdaten bei der Deutschen Telekom AG einreihen, zeigen, dass sich die Privatwirtschaft erschreckende rechtsfreie Räume geschaffen hat.“ Es ist dringend erforderlich die Rechte des Bürgers auch dort abzusichern, wo er seine Lebensunterhalt verdient und seine Brötchen kauft.

gdp

# Ganzheitliche Betrachtungsweise ist erforderlich

Nachdem im vergangenen Jahr die Machbarkeitsstudie, die Prof. Dr. Mersch-Sundermann geleitet hatte, abgeschlossen werden konnte, wurde ersichtlich, dass die Forschung noch ziemlich am Anfang einer neuen wissenschaftlichen Herausforderung steht.

In einer Veranstaltung, des Landesbezirks Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2008 sprach Prof. Dr. Mersch-Sundermann den Toner als Verursacher zwar nicht gänzlich frei, wies aber darauf hin, dass die Ursachen möglicher Erkrankungen durch Stäube wesentlich breiter betrachtet werden müssen, als nur auf der Basis eines potentiellen Auslösers. In diesem Zusammenhang wurden denn auch folgerichtig die so genannten Nanostäube benannt. Stäube, welche die Größe eines milliardstel Teils eines Objekts umfassen und in diesem Zustand ihre ursprüngliche, natürliche Verhaltensweise ändern. Problematisch ist, dass die Nanotechnik gleichermaßen fruchtbringend für die Menschheit sein kann, wie andererseits aber auch schädlich.

In einem weiteren Punkt, der gebäudebezogenen Erkrankung von Menschen, im englischen Sprachraum mit Sick Building Syndrom (SBS) bezeichnet, gibt es einen vergleichbaren und mit Stäuben in enger Verbindung stehenden Forschungsbedarf.

Die Frage, die sich aus den oben kurz angerissenen Problemstellungen ergibt, ist einfach die, welcher Weg der richtige ist, den daraus unbestritten resultierenden Gesundheitsgefährdungen zu begegnen. Sind es die von Prof. Dr. Mersch-Sundermann geforderten Feldforschungen, die Jahrzehnte in Anspruch nehmen und einen ungewissen Ausgang haben, oder sind es die eher pragmatischen Ansätze, die das Umweltbundesamt favorisiert, indem es in Verhandlungen mit der Industrie auf möglichst weitreichende Selbstbeschränkungen einerseits und der Förderung inno-



Wenn Tonerstäube krank machen!

vativer Techniken andererseits setzt?

Vielleicht besteht der Königsweg in einer Mischung aus beiden Ansätzen. Wie dem auch sei, eine Entscheidung ist nach der lange dauernden Verzögerungstaktik des Bundesinstituts für Risikobewertung längst überfällig. Genau zu diesem Punkt führte GdP-Bundesvorsitzender Konny Freiberg ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit, MdB Michael Müller. Der Abgeordnete kennt sich als weit über die Parteigrenzen hinaus akzeptierter Umweltexperte bestens mit der Problematik aus.

Dennoch wird es in Kürze eine Entscheidung über das weitere Verfahren geben. Momentan laufen noch einige letzte Vorbereitungen zur Aufarbeitung und Bewertung der bisher in der Forschung erreichten Stände und Erkenntnisse. So dann wird es neben einer öffentlichen Darstellung der Ergebnisse, eine Entscheidung über konkrete Maßnahmen geben. Die GdP wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen -und das kann man unabhängig von den angekündigten Ergebnissen festhalten, dass die Ursachen der Erkrankung durch Stäube so

schnell wie möglich erforscht werden müssen. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob es nicht erforderlich ist, entsprechende Sofortmaßnahmen zum Schutz der Beschäftigten zu fordern.

gdp

## Alkohol im Straßenverkehr:

### FAHRRAD GILT AUCH ALS FAHRZEUG

Wird ein Fahrzeug im Straßenverkehr mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder mehr geführt, so ordnet die Fahrerlaubnisbehörde die Einholung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens an.

Dabei gilt auch ein Fahrrad als Fahrzeug. Denn bei 1,6 Promille ist es gerechtfertigt, auf einen chronischen Alkoholkonsum zu schließen. Die Begutachtung dient dann dazu, das künftige Alkoholtrinkverhalten zu beurteilen, insbesondere die Fähigkeit zum Trennen von Trinken und Fahren.

## Jahreshauptversammlung der KG PAST Petersberg

Ende November 2008 fand in dem Dorfgemeinschaftshaus Petersberg-Götzenhof die diesjährige Jahreshauptversammlung mit anschließender Nikolausfeier der Kreisgruppe PAST Petersberg statt.

Neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Karsten Bech den Bezirksgruppenvorsitzenden Ewald Gerk begrüßen.

Im Anschluss an die Totenehrung bedankte sich der Kreisgruppenvorsitzende bei seinen Vorstandskollegen für die ehrenamtliche Tätigkeit. Im Rechenschaftsbericht ging Karsten Bech unter anderem auf die Themen Personalratswahlen, Arbeitszeitregelung, Beförderungen, Dienstpostenbewertung und die Landtagswahlen in Hessen und die damit verbundenen Auswirkungen für die Polizei ein.



Rege Teilnahme.

Hierbei wurde auf die Ausgaben, Einnahmen und die aktuelle Mitgliederzahl näher erläutert. Die Kassensprüfer Martin Schwalbach und Reiner Jost bescheinigten dem Kassierer eine ordnungsgemäße und einwandfreie Kas-senführung.

Bei den sich anschließenden Ehrungen wurden für 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit **Alfons Bernardy** und **Holger Roth** und für das 25-jährige Dienstjubiläum **Karsten Bech** geehrt.

Erstmals fand nach der Jahreshauptversammlung eine Nikolausfeier gemeinsam mit den Familienangehörigen statt. Die Kinder warteten bereits gespannt auf den Nikolaus. Dieser berichtete über die guten und weniger guten Taten der Kinder. Knecht Rupprecht und seine

Rute konnte er aber getrost zu Hause lassen. Der Nikolaus wurde mit kleinen Gedichten und Liedern der Kinder überrascht. Als Dankeschön bekam jedes Kind ein kleines Geschenk überreicht.

Im Anschluss gab es ein leckeres Buffet und man saß noch ein paar gemütliche Stunden in vorweihnachtlicher Stimmung zusammen. Bei den Anwesenden, insbesondere bei den Kindern kam die Feier gut an, so dass diese etwas andere Jahreshauptversammlung mit anschließender Nikolausfeier in den nächsten Jahren wiederholt werden soll.

Markus Becker



**Alfons Bernardy (rechts) wird von Karsten Bech (Bildmitte) und Josef Meyer für seine langjährige GdP-Mitgliedschaft geehrt.**

Ein ausführlicher Punkt war die räumliche Zusammenlegung der PAST Petersberg und des RVD Fulda. Durch die Schließung der Liegenschaft Dr.-Dietz-Straße in Fulda wurde eine neue Unterkunft für den RVD gesucht. Da im Polizeipräsidium keine Räumlichkeiten mehr für den RVD vorhanden waren, fand ein Umzug in das Gebäude der PAST Petersberg statt.

Im Anschluss an den Bericht des Vorsitzenden gab der Kassierer Harald Schlenk seinen Rechenschaftsbericht bekannt.

## Urlaub: Abgeltung bei zweiter Elternzeit

Haben ArbeitnehmerInnen den ihnen zustehenden Urlaub vor dem Beginn der Elternzeit nicht oder nicht vollständig erhalten, muss der Arbeitgeber den Resturlaub nach der Elternzeit im laufenden oder im nächsten Urlaubsjahr gewähren. Der Urlaub ist abzugelten, wenn das Arbeitsverhältnis während der Elternzeit endet oder es im Anschluss an die Elternzeit nicht fortgesetzt wird.

**Der Fall:** Die Arbeitnehmerin nahm für die Betreuung ihres ersten Kindes vom 3. Dezember 2001 bis 7. Oktober 2004 Elternzeit in Anspruch. Wegen der Geburt ihres zweiten Kindes im Jahr 2003 schloss sich nahtlos eine weitere, bis 18.

August 2006 verlangte Elternzeit an. Das Arbeitsverhältnis endete am 31. Dezember 2005. Die Arbeitnehmerin forderte mit ihrer Klage die Abgeltung von 27,5 Urlaubstagen aus dem Jahr 2001. Damit hatte sie Erfolg.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Der Resturlaub wird weiter übertragen, wenn er nach dem Ende der ersten Elternzeit wegen einer weiteren Elternzeit nicht genommen werden kann. Das ergibt eine Auslegung der deutschen gesetzlichen Regelungen im Einklang mit den europäischen Rechtsvorschriften.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. Mai 2008 - 9 AZR 219/07

## „Mehr Polizei“ nichts als „Augenwischerei“

### Gewerkschaft der Polizei kritisiert erneute Stellenverlagerung

Die Gewerkschaft der Polizei im Polizeipräsidium Südosthessen bezeichnet die Ankündigungen der neuen Landesregierung in zahlreichen Tageszeitungen zusätzliche Polizisten einzustellen als „populistische Augenwischerei“, denn genau das Gegenteil sei der Fall.

Wie der stellvertretende Vorsitzende der Bezirksgruppe Südosthessen, Peter Happ, in einer Presseerklärung mitteilte, hat das Landespolizeipräsidium per Erlass vom 22.01.09 erneut insgesamt 100 Planstellen vornehmlich von den Flächenpräsidien verlagert, um damit Ausbildungsstellen zu ermöglichen. Von zusätzlichen Stellen kann demnach keine Rede sein. Dies bedeutet für das Polizeipräsidium Südosthessen, dass zum anstehenden Personalzuweisungstermin am 01.04.09 lediglich 8 der insgesamt 15 vakanten Stellen besetzt werden. Sieben Stellen bleiben nicht nur unbesetzt, sondern werden verlagert. Ob und wann diese Stellen zurückgeführt werden, steht in den Sternen.

Dieser Erlass steht zudem im krassen Widerspruch zu einem Besprechungsergebnis des hessischen Innenministers, Volker Bouffier, mit Herrn Polizeipräsident Heinrich Bernhardt und Personalvertretern im Dezember vergangenen Jahres, als der Innenminister personelle Defizite der hiesigen Polizei einräumte und rasch Verbesserungen in Aussicht stellte.

Mit dieser Stellenverlagerung erfährt der Aderlass bei den hessischen Polizeistationen seine Fortsetzung. Bereits die Auswirkungen der „Operation sichere Zukunft“ mit der viel zitierten Personalvermittlungsstelle hat zu Stellenverlusten im fast dreistelligen Bereich bei der Polizei im Präsidium Südosthessen geführt. Selbst die zweifelhaften Berechnungen der „Arbeitsgruppe Personal“ vom Innenministerium, die später dem Polizeipräsidium Südosthessen



immerhin einen Fehlbestand von 36 Stellen attestiert hatten und eine bescheidene Verbesserung der angespannten Personalsituation bedeutet hätten, wurden mangels ausgebildeter Kollegen/-innen bis zum heutigen Tage nicht abschließend realisiert. Stattdessen werden nunmehr weitere 7 Planstellen verlagert. Dies alles ist ein Beleg für die verfehlte Personal- und Einstellungspolitik des Innenministeriums.

Bei einem Blick in kleinere Dienststellen ist heute feststellbar, dass ein „Rund um die Uhr Dienst“ kaum noch aufrecht erhalten werden kann. Durch die ständige Schaffung neuer Organisationseinheiten, deren Personal nahezu immer aus den Regeldienststellen rekrutiert wird und durch Sonderlagen, wie z.B.: den Flughafenausbau, geht vor allem dem Schichtdienst permanent Arbeitskraft verloren. Als unredlich in höchster Form bezeichnet Happ den Versuch der Landesregierung, die Einstellung von Wachpolizisten als eine Verbesserung der Sicherheitslage zu verkaufen.

Zum einen wurden für alle bisher eingestellten Wachpolizisten keine neuen Stellen geschaffen, vielmehr wurden sie bis dato ausschließlich auf unbesetzten Stellen der Vollzugpolizei geführt. Zum anderen sind deren Einsatzmöglichkeiten nach nur dreimonatiger Ausbildung auf bestimmte Tätigkeiten beschränkt und nicht mit Polizeikommissaren

vergleichbar, die ein mehrjähriges Studium absolviert haben.

Als „Schmalspurpolizei“ in Uniform, bezeichnet Happ den „Freiwilligen Polizeidienst“. Hiermit wird den Mitbürgern zumeist medienwirksam eine gesteigerte subjektive Sicherheitslage vorgegaukelt, die ein ehrenamtlicher, kaum beschulter Uniformträger objektiv gar nicht gewährleisten kann. Wo „Polizei“ drauf steht, muss auch „Polizei“ drin sein, fordert Happ, selbst langjähriges CDU-Mitglied und engagierter Kommunalpolitiker in seiner Heimatgemeinde Eichenzell im Kreis Fulda, nachhaltig.

**Die Presseerklärung schließt mit einem Zitat von Johannes Rau:**

**„Nichts beeindruckt die Mitmenschen mehr, als Übereinstimmung zwischen Wort und Tat.“**

(Pressemitteilung der Kreisgruppe Main-Kinzig)



# Im Dialog

## Die GdP trifft sich mit der Wachpolizei in Nordhessen

Die GdP Nordhessen und die Kreisgruppe Kassel hatten es organisiert und unseren Kreisgruppen Vorsitzenden, Matthias Schack zu einer Gesprächsrunde nach Kassel eingeladen.

Vor einigen Monaten wurde unser Vorsitzender von Romio Zeytun, Bediensteter der Wachpolizei Nordhessen, angesprochen ob er zu einem Meinungsaustausch nach Kassel kommen könne. Romio Zeytun sagte, dass es innerhalb der Wachpolizei Nordhessen Unzufriedenheit mit der Bezahlung und Verwendung gibt.

Durch den Vorsitzenden der GdP Nordhessen, Volker Zeidler, wurde dann ein Termin vereinbart und Matthias Schack fuhr ins Polizeipräsidium Nordhessen im Grünen Weg.

Der gut gefüllte Tagungsraum, fast 25 Kolleginnen und Kollegen aus dem Präsidium waren gekommen, hatte eine weihnachtliche Atmosphäre. Die Themen, die die Kollegen aus Nordhessen ansprachen, waren alles andere als besinnlich, da Ihre dienstliche Situation nicht so einfach ist.

Schon während der Vorstellungsrunde ging die Diskussion los. Die zentrale Forderung war, für die Wachpolizei die Polizeizulage einzuführen. Romio Zeytun hatte einen entsprechenden Antragsvorschlag schon bei der Kreisgruppe Kassel eingebracht, der das Ziel hat, mit dem Landesvorstand die generelle Gewährung der Polizeizulage für unsere Berufsgruppe durchzusetzen. Ein entsprechender Antrag hatte die Kreisgruppe Offenbach ebenfalls bei unserer Bezirksgruppe Südosthessen eingebracht.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage der angekündigten Vc Eingruppierung. Damit noch einmal klar wird, über was wir sprechen: Bei der Einstellung der Wachpolizei Nordhessen im Jahr 2000 hieß es immer, dass ein Drittel der



**Zahlreiche Teilnehmer. Volker Zeidler kündigt Matthias Schack (Bildmitte sitzend) an.**

Wachpolizeistellen auf BAT Vc Stellen geführt wird. Volker Zeidler erläuterte, dass die Frage dahingehend formuliert werden müsse, wie sich die Landesregierung eine entsprechende Eingruppierung vorstellt und ob sie bereit ist, für diese Stellen (das sind rund 80 aus dem ersten Kontingent), auch die entsprechende Finanzausstattung sicherzustellen.

Die Eingruppierung der Ordnungspolizei bei den Kommunen in Kassel wurde ebenfalls in der mit BAT Vc vergleichbaren TVÖD - Gruppe vorgenommen. Entsprechend muss auch die Arbeitsplatzbeschreibung aussehen. Für die Wachpolizei bedeutet das, unsere Vorgesetzten sind hier gefordert, sich für uns einzusetzen.

Wir erörterten die Problematik des Unfallschutzes und der Verfahrensweise bei langen Ausfallzeiten, wie sie gerade nach Dienstunfällen vorkommen können. Matthias Schack erklärte, dass für die ersten sechs Wochen zumindest keine Nachteile entstünden. Danach greifen zwar die Regelungen des Krankengeldes, das ja nur eine Zahlung von 68 Prozent der Bezüge sicherstellt, aber es gibt auch Ausgleichszahlungen.

Unterschiedlich bewertet wird eine Übernahme der Objektsiche-

rung in den Bereitschaftspolizei Abteilungen durch private Sicherheitsdienste. Dadurch besteht grundsätzlich die Gefahr, dass für viele von uns die Schichtzulagen wegfallen. Matthias Schack konnte vom PP Südosthessen berichten, dass durch Übernahme weiterer Tätigkeiten eine Weitergewährung der Zulagen möglich gemacht werden soll.

Nach zwei Stunden Meinungsaustausch war klar, dass wir unser Schicksal auch ein Stück weit selbst in die Hand nehmen müssen. Wenn wir uns nicht wehren, wird auch nichts passieren. Es war ein erster Einstieg in einen weiteren Dialog über die Wachpolizei. Und Matthias Schack will die „Wachpolizeiforen“, die vor zwei Jahren schon mit gutem Erfolg durchgeführt worden waren, wieder über den Landesvorstand initiieren. Er nahm auch mit, dass nach der Landtagswahl im Januar und der Regierungsneubildung dringend Gespräche zwischen dem Landesvorstand und dem Ministerium – gerade hinsichtlich der Gewährung einer Polizeizulage – geführt werden müssen.

Matthias Schack

# Jetzt eine Hauptrolle ohne Uniform

## Franz-Joachim Schubert: Ein Abschied vom Polizeidienst, aber keiner von seinen vielen Aktivitäten

Für Reisen hat Franz Joachim Schubert in Zukunft viel Zeit. Die Reiseziele Borneo, Sumatra, Sulawesi und Irian Jaya (alle in Indonesien) werden in Zukunft öfter im Terminkalender auftauchen.

Mit einer Feierstunde in seiner Dienststelle verabschiedete sich der Polizei-Oberkommissar am 30.01.2009 von seinen Kollegen. Michael Köllisch, stellvertretender Stationsleiter, überreichte die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand, den Schubert am 1. Februar antritt. Auch der Vorsitzende der Kreisgruppe Offenbach der Gewerkschaft der Polizei, Matthias Schack, überbrachte Grußworte und ein Geschenk der GdP. Der HPR Vorsitzende Henning Möller, ein Weggefährte von Franz-Joachim Schubert, lies es sich nicht nehmen, persönlich Abschied zu nehmen.

Franz-Joachim Schubert ist vielen Ortsansässigen auch als Musiker, Sportler und Laien-Schauspieler bekannt. 1979 startete er die ersten Versuche mit Surfbrettern auf dem Schultheißweiher im Offenbacher Mainbogen. Er bestand eine Ausbildung zum Windsurf-Lehrer, gründete und führte den Windsurfverein. Als Schlagzeuger der "Dirty Nurse" spielte er neben Matthias Döpfner, damals Bassist, nun Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG in Berlin.

Schubi, wie er von Freunden und Kollegen gerufen wird, wurde in Würzburg geboren, fuhr mit fünf Mitschülern in den 60er Jahren öfters in die angesagten Musikclubs nach Frankfurt wie das K51 und lernte dabei auch die Arbeit der Polizei kennen. Das ganze Quintett entschied sich für eine Ausbildung in Hessen bei der Bereitschaftspolizei in der Mühlenstadt. Ab 1972 versah Schubi Dienst im 2. und im 3. Revier in Offenbach, kam 1997 zur Polizeistation nach Mühlheim.



**Erinnerungsfoto. Franz Joachim Schubert (vordere reihe, dritter von rechts) im Kreise seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen.**

In der Gewerkschaft ist Schubi seit 1969. Seit 1997 ist er Vertrauensmann der Pst. Mühlheim. Seit dieser Zeit hat er sich stark gemacht, für die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort.

Nach wie vor schwärmt Schubi vom Schichtdienst, den er 37 Jahre lang ausübte, vom "direkten Kontakt zu den Bürgern". Ob Fahndung, Familientragödien, Präventionsarbeit, Unfallaufnahme oder internationale Kontakte: Der 60-Jährige wirbt aus tiefer Überzeugung für den Polizeiberuf ob seiner Vielfältigkeit.

Den Ruhestand will der Ehemann mit Reisen gestalten. Die brodelnden Vulkane und das einfache Le-

ben Indonesiens haben es ihm angetan. Auch die Ski'er und das Snowboard wird er in Zukunft häufiger anschnallen.

Zu seinen Rollen im Markwald-Theater möchte er eine in der Jugendarbeit der Stadt Mühlheim übernehmen. Dies ist aber noch Zukunftsmusik.

Die Kreisgruppe Offenbach wünscht einem verdienten Gewerkschaftler für seine Zukunft viel Gesundheit und das er all seinen Hobbies nachkommen kann.

Matthias Schack

## Nebentätigkeit ist Entlassungsgrund

Ein Polizist, der auch in Zeiten krankheitsbedingter Dienstunfähigkeit einer nicht genehmigten Nebentätigkeit als Gebrauchtwagenhändler nachgeht und dabei zum Zwecke der Steuerhinterziehung Scheinverträge abschließt, ist aus dem Dienst zu entfernen.

**Der Fall:** Der Polizeihauptkommissar im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz ist seit April 2004 dienst-

unfähig. Von 1995 bis 2006 arbeitete er im Kfz-Handel seiner Ehefrau mit. Erst im April 2002 erteilte der Dienstherr dem Beamten auf Antrag eine Nebentätigkeitsgenehmigung für "gelegentliche Überführungsfahrten". ...

OVG RP, Urteil vom 18. Dezember 2007 - 3 A 11017/07.OVG

## Zu Besuch in Dresden und Erfurt

Anfang Dezember letzten Jahres unternahm die Kreisgruppe Vogelsberg erneut einen zweitägigen Ausflug. Ziel der Reise war diesmal Dresden mit seinen Kulturdenkmälern, in der Vorweihnachtszeit natürlich der Striezelmarkt und die Altstadt.

Mit dem vollbesetzten Bus ging es von Schlitz über Lauterbach und Alsfeld in Richtung Dresden. Frühstückspause mit reichhaltigem Frühstück war mit inbegriffen. Leider meinte der



Frühstückspause im Regen.



Weihnachtliche Beleuchtung an der Frauenkirche.

Auf halben Weg nach Hause legten wir noch eine Rast in Erfurt ein. Dort konnten die Teilnehmer noch die Innenstadt zu Fuß erkunden und entweder Kaffee trinken oder auch dort einen Rundgang auf dem Weihnachtsmarkt machen.

Gegen 20.00 Uhr erreichten auch die letzten Teilnehmer wieder die Heimat und man war sich einig, eine gelungene und Dank einem Zuschuss der Kreisgruppe auch günstige Fahrt unternommen zu haben.

Dank gilt auch den Organisatoren, insbesondere Holger Hofmann und seiner Frau, die sich viel Mühe mit den Vorbereitungen und der Durchführung gemacht haben.

Wolfgang Denke-Otterbein  
Kreisgruppe Vogelsberg

Wettergott es nicht so gut mit den Reiset Teilnehmern, denn während des ganzen Wochenendes herrschte Regen und Wind.

In Dresden angekommen starteten wir nach einem kleinen Rundgang durch die Altstadt mit dem Bus zu einer etwa zweistündigen Stadtbesichtigung. Viel Wissenswertes konnten wir erfahren und ein Besuch eines historischen „Milchladens“ mit Verkauf schlossen die Rundfahrt ab.

Danach ging es zum Hotel nach Meißen zum Einchecken und einer kurzen Pause. Anschließend zurück und wir hatten Zeit zum Besuch des Striezelmarktes, zum Bummeln durch die Altstadt mit historischem Weihnachtsmarkt oder gemütlich Essen gehen. Am nächsten Morgen war Zeit zum Besuch der Porzellanmanufaktur in Meißen oder Besichtigung der Altstadt mit Burganlage.



Weihnachtsmarkt in Erfurt.

## 2009 - das Jahr schlechter Nachrichten

### Die Kanzlerin als Orakel aus der Uckermark

Das Jahr 2009 wird das Jahr der schlechten Nachrichten – so hat es Angela Merkel (CDU) geweissagt. Vielleicht dachte sie nicht nur an die skrupellosen, immer weit überschätzten Banker oder an mangelhafte, oft auch von ihr hofierte Wirtschaftsstrategen.

Eventuell auch an fränkisch-bayerische Quertreiber, wie Seehofer (CSU), der als Bundesminister brav war und nur durch einen vorzeigbaren Seitensprung von sich reden machte, jetzt als Gaufürst aber ständig für Unruhe und Unfrieden in der Regierungskoalition sorgt.

Oder an Ramsauer, Landesgruppenchef der CSU-Abteilung in Berlin, der in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von eingewanderten Tatverdächtigen erfasst wissen möchte. „Die Abnahme der Ausländerkriminalität, die immer behauptet wird, ist vor allem dadurch herbeigeführt worden, dass Ausländer durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft formal Deutsche geworden sind“, so Ramsauer. Offen ließ der Oberbayer, ab wann seiner Meinung nach einer so richtig Deutscher ist – zweite Generation, dritte Generation? Was ist mit den Szymanskis, Podolskis, Kloses, Asamoas und und und? Sind das wirklich richtige Deutsche? Oder doch eher die Beckers, Schumachers und Beckenbauers, die in Deutschland zwar keine Steuern zahlen, aber bei denen dafür schon seit Generationen deutsches Blut durch die Adern fließt? Dem Grundgesetz nach genügt der Pass! Vielleicht sollte Ramsauer mal bei seinem Spezi Koch aus Hessen nachfragen, der hat Erfahrung mit Wahlkampf gegen Ausländer. (Ist eigentlich Obama ein richtiger US-Amerikaner nach der Lesart Ramsauers?)

Ich denke bei den schlechten Nachrichten schon zu Beginn des Jahres an den Ausgang der Hessen-

wahl. Ausgerechnet die Parteien, deren Repräsentanten die Arbeitnehmerrechte lieber beschneiden als zu stärken, die Tarifdiktate als Verhandlungsergebnisse ausgeben und zur Not auch schon mal die Öffentlichkeit belügen, stellen die Parlamentsmehrheit. Klar, es hätte noch schlimmer kommen können. Wenigstens kann die Koch-CDU nicht mehr alleine regieren und sich anmaßen, Hessen als ihr Eigentum zu betrachten. Wie war in einem Leserbrief in einem großen deutschen Magazin zu lesen: „Koch hat uns Hessen schon mehrfach belogen und betrogen, dass sich alle Balken in unseren wunderschönen hessischen Fachwerkhäusern durchgebogen haben.“ Man kann es auch sagen wie der stern: „KALT, KÄLTER, KOCH“. Wir verdanken dieses Wahlergebnis, diese schlechte Nachricht, allerdings vier SPD-Abwechslern. Diese „Verantwortungsethiker“, wie Klaus Staeck sie nannte, hatten „ihr jäh erwachtes Gewissen absolut gesetzt und damit das Votum der Mehrheit ignoriert“. – „Demokratien und demokratische Parteien funktionieren nur dann, wenn das Mehrheitsprinzip akzeptiert wird.“ Mit „Gewissensentscheidungen“ hatte das alles nichts zu tun.

Bis hierher hat das Orakel aus der Uckermark also schon mal recht gehabt – ein Jahr mit schlechten Nachrichten. Doch es gibt auch positive Meldungen. Nehmen wir die Regierungsbildung in unserem schönen Hessenland. Ratzfatz hat Jörg Uwe Hahn seinen Spezi Koch über den Tisch gezogen und für seine FDP drei fette Ministerien an Land gezogen. Da hat es sogar in der CDU Leute gegeben, die ihren bisherigen Beinahe-Gott Koch so überdeutlich und öffentlich kritisierten, wie bisher undenkbar. Also, ist das nichts Positives? – Offen praktizierte Meinungsvielfalt statt Duckmäusertum auch in der Hessen-CDU. Na und dann die Wahl zum Ministerpräsidenten. War das

nichts? Schon wieder vier Abwechslern – und diesmal nicht bei den linken Chaos-Schwestern und –brüdern sondern bei den sonst so uniformen Christdemokraten (zumindest mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit). War das eigentlich auch eine Gewissensentscheidung oder nur eine banale Misstrauensbekundung? Der Versuch Kochs, die fehlenden Ja-Stimmen mit der Unfähigkeit seiner Parteikollegen beim Umgang mit den neuen Stimmkarten zu erklären, ist schon eine Frechheit. Man muss sich mal vorstellen, was das eigentlich hieße! Aber, die Nachricht von den Abwechslern war bestimmt keine schlechte – zumindest für mich nicht. Oder das Ministerinnen- und Minister-Karussell: Da kommt ein Landrat aus Bad Homburg (von mir durchaus geschätzt) nach Wiesbaden und übernimmt das Justizministerium und macht das zig Mal besser als sein „großmäuliger“ Vorgänger. Dann muss die CDU-Alleinregierung ihre Kultusministerin wegen offener Unfähigkeit entlassen und flugs macht der Ex-Landrat aus Bad Homburg das noch mit - und auch noch recht erfolgreich. Nun werden nach der Wahl mit dem von mir beklagten Ausgang, die Karten neu gemischt und eins zwei drei wird der erfolgreiche Justiz- und Kultusminister plötzlich Sozialminister – „Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit“ (seine Frau meinte, es entspreche genau seinen Prioritäten: „An erster Stelle kommt für mich immer die Arbeit, dann in weitem Abstand die Familie und ganz zuletzt die Gesundheit.“ – Ist das eigentlich dann noch sozial? Er vertreibt die angeblich ebenfalls anerkannte Sozialministerin ins Landwirtschafts- und Umweltministerium. Hierfür ist sie natürlich bestens geeignet, kommt sie doch vom Lande und ist auf einem Bauernhof groß geworden. Wir verfügen also in Hessen, besser vielleicht in der Hessen-CDU, über Allrounder, die ihresgleichen suchen. Das ist doch toll, oder nicht? ...

Oder hat etwa Rainer Brüderle (FDP) Recht, der im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Bundes-Wirtschaftsministers von und zu Guttenberg meinte: „Offenbar genügt es in der Union, dass man lesen und schreiben kann, um Wirtschaftsminister zu werden.“ Aber dann wäre das ja auch eine schlechte Nachricht und das Orakel wäre wieder bestätigt.

Und was erwartet nun uns - bei der Polizei? Nun, man könnte sagen, nichts Neues. Wir behalten „unseren“ Minister – ich hätte fast

geschrieben, hätte schlimmer kommen können. Ein neuer Staatssekretär (Boris Rhein aus Frankfurt, damit auch die Großstädter jetzt ganz ruhig gestellt sind – Boddenberg ist ja auch schon zum Minister erkoren worden) wird ihn unterstützen – wie hieß eigentlich sein(e) Vorgänger(in)? Da sich Rhein als Innenpolitiker berufen fühlt und sich für noch größere Aufgaben empfehlen möchte, ergeben sich hier vielleicht auch für uns Chancen. Mit jemandem, der auf der Frankfurter Freßgass gern Bratwurst isst, kann man bestimmt ge-

scheit reden. Und wenn Koch endlich in Berlin sein Wesen treibt und Bouffier ihn in Hessen beerben darf und und ... – da geht doch was!

Mein Resümee: Das Orakel aus der Uckermark hat nur zum Teil Recht. Das Jahr 2009 wird ein Jahr mit vielen schlechten Nachrichten. Aber, es gibt nicht nur die negativen, es gibt auch so la la und sogar auch gute News.

**-Macht's Beste draus!**

Dieter Kurth

## Finanzkrise: Bad Banks sind zu teuer

In vielen Ländern ist die Diskussion um eine staatliche „Bad Bank“ in vollem Gange. Sie soll den Bankenaufkauf, hoch risikante Wertpapiere abkaufen und damit deren Bilanzen entlasten. Die USA haben sich bereits für eine „Bad Bank“ entschieden: Mindestens 500 Milliarden US-Dollar wird das die öffentliche Hand kosten, schätzt US-Finanzminister Timothy Geithner.

Das Volumen könne aber jederzeit auf eine Billion US-Dollar (ca. 778 Milliarden Euro) erweitert werden. Das entspricht ungefähr einem Drittel des gesamten letzten US-Bundeshaushalts.

In Deutschland wäre das Verhältnis noch krasser: Auf 150 bis 200 Milliarden Euro schätzt Bundesfi-

nanzminister Peer Steinbrück die Kosten für eine staatliche „Bad Bank“.

Zum Vergleich: Der ursprünglich geplante Bundeshaushalt für 2009 sah Ausgaben von rund 290 Milliarden vor. Steinbrück lehnt eine staatliche „Bad Bank“ ab. Kosten in dieser Höhe könne er „dem Steuerzahler nicht zumuten“.

Auch der DGB ist dagegen. Als Alternative hält die Hans-Böckler-Stiftung dezentrale „Bad Banks“ für möglich, die einzelnen Banken oder



Bankengruppen gehören. Der Staat könne diesen „Bad Banks“ durchaus mit Kapital aushelfen – allerdings nur gegen Eigentumsanteile an den „Good Banks“ selbst.

## Warum Killerspiele keine Amokläufer machen



**Gewalt darf nicht sein? Im Gegenteil - sie muss sein. Dieses provokante Plädoyer fordert das Ende der Tabuisierung von Gewalt.**

Ein Gespenst geht um in Deutschland - das Gespenst einer ungezügelten Zunahme von Gewalt bei Kindern und Ju-

gendlichen. Vorfälle wie der Amoklauf von Erfurt 2002 oder von Emsdetten 2006 scheinen diese Annahme zu bestätigen. Verantwortlich gemacht werden in erster Linie brutale Computerspiele und Gewaltvideos. Dem widerspricht Thomas Hartmann. Nicht die Kinder und Jugendlichen sind das Problem, sondern wir. Anstatt sich mit der eigenen Gewaltbereitschaft auseinander zu setzen, wird jegliche Gewalt tabuisiert und auf die anderen abgeschoben, die kriminalisiert werden. Kinder brauchen aber spie-

lerische Gewalt und das Ausleben ihrer Aggressionen.

Hartmann fordert eine gesellschaftliche Diskussion über Gewalterziehung und zeigt, wie Aggressionen durch Sport und Spiel kanalisiert werden können - auch durch Computerspiele und Videos.

Warum Kinder ballern und sich prügeln müssen (Eichborn-Verlag)  
 17.95 Euro, September 2007  
 ISBN:9783821856636

## „Mehr Kohle heißt die Parole“

Unter diesem Motto hatte die Bundes GdP zu einer Demo nach Hannover am 02.02.09 aufgerufen. Alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes versammelten ihre Mitglieder, um dem Ruf nach mehr Gehalt Nachdruck zu verleihen.

Dem Aufruf des KG-Vorsitzen- den Adelbert Steinberg folgten die Mitglieder: Melanie Teichmüller, Ruth Steinberg, Karl Grenz- bach, Manfred Knoch und der Senioren- vertreter Johannes Schäfer.

Schon in den frühen Morgenstun- den (06.10 Uhr) hieß es, den Zug nach Kassel zu besteigen, um recht- zeitig zur Abfahrt um 07.45 Uhr vor dem PP Nordhessen zu sein.

Durch die Teilnehmer der BZG Nordhessen wurden wir, wie immer, sehr herzlich begrüßt. Man freute sich, den Teilnehmern aus Osthes- sen Asyl gewähren zu können.



Nach einem deftigen Frühstück mit ahler Wurst traf wir gegen 10.30 Uhr in Hannover ein. Hier reihten wir uns in die große Masse der rund 14.500 Teilnehmer ein und marschierten zusammen durch die Innenstadt von Hannover zum Opernplatz. Hier fand die An- schlusskundgebung statt.



**Die Teilnehmer aus Hersfeld. V.l.: Johannes Schäfer, Melanie Teichmüller, Adelbert Steinberg, Manfred Knoch, Karl Grenz- bach und Ruth Steinberg.**

Nach dem Motto „Wo wir sind, ist vorn“ gelang es uns bis zur Tribüne vorzudringen.

Die mitgeführte Flagge der Kreis- gruppe Hersfeld-Rotenburg war ein weithin sichtbares Zeichen. Nicht nur für die Fahrtteilnehmer aus un- serem Bus, sondern auch für viele andere hessische Teilnehmer, die aufgrund der Flagge den Weg zu uns fanden.

„Mehr Kohle heißt die Parole“. Unter diesem Motto forderten Kon- rad Freiberg und andere Redner für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200,00 Euro pro Monat sowie eine Absenkung bzw.

Angleichung der Wochenarbeits- zeit.

In der Hoffnung, dass sich die So- lidarität der hessischen Teilnehme- rinnen und Teilnehmer für die For- derung nach einem Tarifvertrag in Hessen für unsere Tarifbeschäftig- ten, mehr Gehalt für alle und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten gelohnt hat, fuhren wir in den Nach- mittagsstunden wieder zurück nach Kassel.

Adelbert Steinberg  
KG Hersfeld-Rotenburg

## RECHTSSTREIT: FULDA-URTEIL AUFGEHOBEN

Der Rechtsstreit um eine 1.-Mai-Aktion von Gewerkschafter/-innen in Fulda hat ein Ende: 2007 hatte der DGB bei einer Satireaktion im Rahmen der Maikundgebung ein Bild des in der Region aktiven Unternehmers Lutz Helmig (ATON Beteiligungsgesellschaft) wegen Lohndumpings und Tarifr- flucht symbolisch an den Pranger gestellt. Daraufhin verklagte Helmig ins- gesamt sechs Gewerkschafter/-innen – unter anderem wegen Beleidigung. In erster Instanz wurden sie zu einer Zahlung von 15 000 Euro Schmerzens- geld verklagt und gingen in Berufung. Das Verfahren vor dem Oberlandes- gericht Kassel endete jetzt mit einem Vergleich: Ein Schmerzensgeld wird nicht gezahlt, die Prozesskosten werden geteilt, und die Gewerkschafte- rl/-inen verzichten darauf, eine identische Aktion wie 2007 noch einmal durchzuführen. Das Bild von Helmig darf aber – da er als „relative Person der Zeitgeschichte“ gilt – auch weiterhin ohne Zustimmung für politische Ak- tionen gebraucht werden.

## Zwei Urgesteine der Polizeistation Bad Orb in den Ruhestand verabschiedet

In einer Feierstunde verabschiedete der Dienststellenleiter der Polizeistation Bad Orb, Polizeihauptkommissar Anton Korn, zwei verdiente, langjährige Mitarbeiter. Elsbeth Ziegler, die unmittelbar nach ihrem Realschulabschluss in den öffentlichen Dienst ging, arbeitete fast 43 Jahre lang bei der Dienststelle in Bad Orb. Seit den 70-er Jahren leitete sie die administrativen Geschäfte im Geschäftszimmer der kleinen Polizeistation. In seiner Laudatio im Kreise aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attestierte er ihr ein besonderes Engagement, Belastbarkeit, Improvisationsgeschick, Fachkompetenz und Bürgerfreundlichkeit.

Im Rahmen der gleichen Veranstaltung wurde Klaus Heck nach 39 Dienstjahren in den Ruhestand verabschiedet. Anton Korn bescheinigte dem langjährigen Dienstgruppenleiter einen kollegialen und souveränen Führungsstil, der ihm eine besonders hohe Anerkennung im Kreise aller Mitarbeiter/-innen brachte.



**Peter Happ (rechts) gratulierte Elsbeth Ziegler (Bildmitte) zum wohlverdienten Ruhestand und überreichte ein Präsent der GdP-Kreisgruppe. Klaus Heck (links) wurde ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet.**

Für den Personalrat und die GdP bedankte sich Peter Happ bei den Jubilaren. Dabei hob er besonders das langjährige gewerkschaftliche Engagement von Elsbeth Ziegler hervor, die im Verlauf ihrer 42-jährigen Mitgliedschaft zahlreiche Vor-

standsfunktionen inne hatte und hier immer eine hervorragende Arbeit abgeliefert habe.

KG Main-Kinzig/PH

## Termin: Jahreshauptversammlung der KG Main-Kinzig

**Am Mittwoch, den 11.03.09 findet um 14.00 Uhr die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig statt.**

Der Versammlungsort ist traditionsgemäß das Nachbarschaftshaus im Tümpelgarten in Hanau. Herr Landrat, Erich Pipa, hat sein Kommen bereits zugesagt. Als Ehrengäste sind ferner eingeladen, Herr Polizeipräsident Heinrich Bernhard, Herr PD Bernd Krininger, der

Vorsitzende des HPR Henning Möller, der Landesvorsitzende der GdP Jörg Bruchmüller, sein Vertreter Jörg Schumacher, der Vorsitzende der KG Offenbach Matthias Schack und Rudi Ott der Vorsitzende des Personalrates im PP SOH.

Im Rahmen der Veranstaltung werden zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.

Jeder Teilnehmer erhält neben dem tradi-

tionellen Imbiss ein attraktives Begrüßungs-geschenk.

Die detaillierte Einladung mit Tagesordnung ist an den üblichen Aushängen ersichtlich bzw. geht den Ruheständlern postalisch zu. Auf zahlreiches Erscheinen freut sich der Vorstand der

KG Main-Kinzig/PH.

## Fahrrad gilt auch als Fahrzeug

Wird ein Fahrzeug im Straßenverkehr mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder mehr geführt, so ordnet die Fahrerlaubnisbehörde die Einholung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens an.

Dabei gilt auch ein Fahrrad als Fahrzeug. Denn bei 1,6 Promille ist es gerechtfertigt, auf einen chronischen Alkoholkonsum zu schließen. Die Begutachtung dient dann dazu, das künftige Alkoholtrinkverhalten zu beurteilen, insbesondere die Fähigkeit zum Trennen von Trinken und Fahren.

Verwaltungsgericht Mainz, Beschluss vom 12. Februar 2008 - 7 L 34/08.MZ

## Ernst Frommann im Ruhestand



Der Mann mit der Mundharmonika geht in den Ruhestand.

Mit Ablauf des Monats Dezember wurde EKHK Ernst Frommann, der langjährige Leiter der AG DNA in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde würdigte Polizeipräsident Heinrich Bernhardt im Kreise seiner Familie und zahlreicher Kolleginnen und Kollegen den beruflichen Werdegang von Ernst Frommann und händigte ihm die Urkunde aus.

Für den Personalrat und die GdP, der Ernst seit vielen Jahren angehört, überreichte Peter Happ kleine Geschenke und bedankte sich für dessen langjähriges Engagement. Dabei würdigte Peter Happ insbesondere die von Ernst gelebte Form der souveränen menschlichen Kollegialität. Seine Freude brachte er darüber zum Ausdruck, dass Ernst auch im Ruhestand der Behör-



Peter Happ verabschiedet sich bei Ernst Frommann.

de weiterhin als Übungsleiter der wöchentlichen Rückenschule erhalten bleibt. Seine „Multitaskingfähigkeit“ bewies der Jubilar, der die anspruchsvolle Veranstaltung mit einem eigenen kleinen Ständchen als „Ein-Mann-Kapelle“ abrundete.

KG Main-Kinzig/PH

## Ehrenfried Uftering geht in Ruhestand

Mit Ablauf des Monats Januar 2009 ging KOK Ehrenfried Uftering, von der Polizei Direktion Main Kinzig (Pst. Großauheim-DEG), in den wohlverdienten Ruhestand.

Ehrenfried Uftering wurde am 09.01.1949 in Kahl am Main geboren und trat am 03.01.1966 in die Polizei ein.

Im Jahr 1968 kam er über Stationen, wie Bereitschaft Frankfurt, 6. Prev. in Frankfurt, die Pst. Großauheim (01.04.1969) und die Unfallfluchtgruppe in Hanau am Freiheitsplatz, in den Main Kinzig Kreis. Dort versah er seinen Dienst in verschiedenen Positionen. Am 01.10.1976 wechselte er zur Kripo Hanau und versah seinen Dienst im damaligen EFKO.

Seit dem 01.02.1996, bis zum wohlverdienten Ruhestand, versah

er seinen Dienst bei der Pst. Großauheim-DEG.

Ehrenfried Uftering war mit Leib und Seele Polizist. Bei den Kolleginnen und Kollegen war und ist er auf-

wird die neue, freie Zeit überwiegend mit der Familie verbringen.

Im Anglerheim in Kleinauheim wurde im Kollegen und Bekanntenkreis kulinarisch gespeist, gefeiert und die ein oder andere Anekdote aus dem Berufsleben von Ehrenfried Uftering zum Besten gegeben.

Ehrenfried Uftering ist seit Jahrzehnten in der GdP und bleibt der GdP auch im Ruhestand verbunden.

Thorsten (Toaster) Pfeiffer überreichte dem Pensionär die Präsente der GdP und des Personalrates. Die KG MK wünscht dem frischgebackenen Pensionär Glück, Gesundheit und eine gute Zeiteinteilung im neuen Lebensabschnitt.

KG MK/TP



Thorsten Pfeiffer (links) gratuliert Ehrenfried Uftering im Namen der Kreisgruppe.

grund seiner ruhigen, ausgeglichenen, fachlich kompetenten und menschlichen Art ein Vorbild für Jung und Alt. Im Kreise seiner Familie fühlt er sich am Wohlsten und



## Egon Franz in den Ruhestand verabschiedet

Mit 42 Dienstjahren und ebenso langer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Polizei, wurde unser Kreisgruppenmitglied Egon Franz am 30. Januar 2009 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Egon versah bis zum letzten Tag, seinen Dienst in der Dezentralen Ermittlungsgruppe der Polizeistation Hanau II.

Hier erfolgte auch auf Wunsch des frischgebackenen Pensionärs, die offizielle Versetzung in den Ruhestand.

Die Ruhestandsurkunde wurde ihm auf persönlichen Wunsch, im Kreise seiner Familie und seinen Kollegen, sowie geladenen Gästen, durch den derzeitigen Dienststellenleiter der Polizeistation Hanau II, EPHK Karlheinz Tilgner mit seiner ihm ureigenen, humoresken Art und einigen Augenzwinkern, überreicht.

Zuvor umriss der Leiter der Dezentralen Ermittlungsgruppe, PHK Rainer Kraus, in einer humorvollen Ansprache den dienstlichen Werdegang von Egon Franz.

Egon, der nach seiner Ausbildung in den polizeilichen Einzeldienst der dazumal noch kommunalen Polizei in Hanau versetzt worden war, verrichtete zunächst einige Zeit Schichtdienst.

Er wechselte dann zur Zentralen Ermittlungsgruppe (ZEG) der PD Hanau, welche seinerzeit in der Friedrichstraße in Hanau, in einer Villa residierte.

Im Laufe seiner Dienstzeit, erlebte er einige Umorganisationen innerhalb der Polizei und damit verbundener Umzüge zunächst zur Polizeidirektion am Freiheitsplatz in Hanau. Von dort zog die Ermittlungsgruppe dann nach Erlensee, wo der Polizeiposten Erlensee lange Jahre Dienstort war.



Für die Kreisgruppe überreichte Ivo Schmitt (rechts) den obligatorischen Rhöner Schwartenmagen und eine Taschenuhr an Egon Franz (links).

1999 erfolgte dann der letzte Umzug für Egon wieder nach Hanau in das Stabsgebäude der ehemaligen IV. Bereitschaftspolizeiabteilung an der Cranachstraße, welche seither Dienstort der Polizeistation Hanau II und der integrierten DEG ist.

Seine langjährige Erfahrung als „Ermittler“ und das umfangreiche Erfahrungspotential, machten ihn zum Ansprechpartner vieler Kollegen sowohl bei Schutz- wie auch Kriminalpolizei.

Für die Kreisgruppe der GdP Main-Kinzig, wurden ihm der obligatorische Rhöner Schwartenmagen, sowie eine Taschenuhr von dem Vorstandsmitglied Ivo Schmitt in Vertretung des verhinderten Vorstandes überreicht, damit er immer weiß, „wann die Stunde geschlagen hat“.

Nach dem „dienstlichen Teil“ der Verabschiedung, wurde dem Pensionär ein kleiner musikalischer Reigen zuteil, der ihm mit eigenen Texten den Übergang vom aktiven Dienst zum Ruhestand etwas erleichtern

sollte.

Kai-Uwe Strauß und Ivo Schmitt ermunterten dabei die Gäste zum Mitsingen, so dass im ganzen Haus seltene Klänge zu vernehmen waren.

Nach seinen, sichtlich bewegten Dankesworten, konnte Egon anschließend noch einige Anekdoten im Kollegenkreis austauschen.

Ivo Schmitt, KG Main-Kinzig

## Pflege: Fünf statt drei Stufen

Ende Januar hat der „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ erstmals nach der Pflegereform 2008 einen Bericht mit Vorschlägen zur Neuordnung des Pflegesystems vorgelegt. Zentrale Punkte: Die Pflegebedürftigkeit soll künftig nicht mehr nach der erforderlichen Pflegezeit beurteilt werden. Stattdessen soll der „Grad der Selbstständigkeit“ der Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stehen. So soll etwa der tatsächliche Pflegeaufwand für Demenzkranke – die zwar wenige körperliche Einschränkungen haben, sich aber dennoch nicht

selbstständig versorgen können – besser berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Pflegestufen differenzierter gestaltet werden: Statt Pflegestufe I bis III sollen künftig fünf Pflegestufen eingeführt werden. Der DGB unterstützt die Vorschläge des Expertengremiums – und fordert zugleich „schnelle politische Konsequenzen“. Um die notwendigen Mehrleistungen finanzieren zu können, müsse die Pflegeversicherung in eine einheitliche „Bürgerversicherung für alle“ umgewandelt werden.

## „Ein Exot in Grün geht in Ruhestand“

... so der Titel des Presseartikels der Hünfelder Zeitung vom 01. Dezember 2008, anlässlich der Verabschiedung des Leiters der Polizeistation Hünfeld, Klaus Dieter Knüttel, der am 28. November in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Der Begriff Exot wird teilweise für außergewöhnliche oder fremd anmutende Menschen benutzt. In der Tierwelt handelt es sich meist um Arten, die eher selten gehalten werden und / oder besonders markant gefärbt sind, so eine Erläuterung aus der freien Enzyklopädie Wikipedia. Die alte grüne Uniform ist noch allen in guter Erinnerung, so kann doch nicht von einer besonders markanten Färbung die Rede sein, wohl aber dann ihr Erscheinungs-



**Thomas Scheunert (rechts) überreicht Klaus Dieter Knüttel (links) ein Präsent der Kreisgruppe.**



**Leiter Einsatz, Günther Voß (rechts), überreicht die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand.**

bild in Zeiten der neuen blauen Uniform. War doch Dieter Knüttel der letzte Vollzugsbeamte beim PP Osthessen, der noch mit der „alten grünen Uniform“ in Pension ging. Dass es sich zusätzlich bei dem Ruheständler Dieter Knüttel um einen außergewöhnlichen Menschen handelt, zeigten die vielen Glückwünsche, die ihm auch von anderen Stationen und Bereichen aus Nah und Fern angetragen wurden.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde, zu der neben seiner Familie mit Enkelkindern, auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschienen waren, erhielt er nach fast 40 Jahren Dienstzeit vom Leiter der Ab-

teilung Einsatz, Leitenden Polizeidirektor Günther Voß, die Ruhestandsurkunde. In seiner Laudatio würdigte der Leiter Einsatz den dienstlichen Werdegang von Dieter Knüttel, der seine Ausbildung 1969 bei der Hessischen Polizei begann, seinen Streifendienst beim PP Frankfurt versah, als Dienstgruppenleiter bei der Polizeistation Schlüchtern und der Polizeistation Fulda fungierte, anschließend die Umweltschutzgruppe der PD Fulda leitete, spä-

ter für zehn Jahre die Ermittlungsgruppe Fulda leitete, um im An-

schluss die Leitung der Polizeistation Fulda zu übernehmen. Als waren dies nicht genug Verwendungsfunktionen, erfolgte im Jahr 2004 nochmals ein Wechsel zur Polizeistation Hünfeld.

Polizeidirektor Lothar Wiese gratulierte für die Polizeidirektion Fulda und stellvertretend für die Kollegen der Polizeistation Fulda, die ihrem ehemaligen Dienststellenleiter Alles Gute wünschen. Der Direktionsleiter würdigte Dieter Knüttels Pflichtbewusstsein, der aber auch einmal Nein sagen konnte und seine hohe soziale Kompetenz. Für den Personalrat und der GdP brachte Kreisgruppenvorsitzender Thomas Scheunert Glückwünsche vor. Thomas Scheunert dankte dem Pensionär für seine gelebte Kollegialität und seine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die von seinen Mitarbeitern mit großen Lob und Achtung bedacht wurde. Die Kreisgruppe Fulda wünscht dem Ruheständler, der sich immer für gewerkschaftliche Belange einsetzte, für seinen neuen Lebensabschnitt viel Gesundheit, Lebensfreude und ausreichend Zeit für Familie und Hobby.

Leonhard Feuerstein  
KG Fulda

## Personalrat: Teilnahme an Sitzungen ist Pflicht

Zu den gesetzlichen Pflichten eines Personalratsmitgliedes gehört es, an den Sitzungen des Personalrats teilzunehmen. Diese ist eine höchstpersönliche Pflicht. Dem Personalratsmitglied steht es nicht frei, sich nach seinem Gutdünken vertreten zu lassen. Ein Personalratsmitglied, das häufig den Sitzungen des Personalrats unentschuldigt fern bleibt, verletzt in grober Weise seine gesetzlichen Pflichten und kann deshalb aus dem Personalrat ausgeschlossen werden.

Verwaltungsgericht Mainz,  
Urteil vom 25. März 2008 – 5 K 790/07.MZ

## Vertrauenskrisen

Beziehungskrisen Prominenter sind beliebte Klatschthemen. Schlagzeilen liefern u.a. Bildungs-, Beschäftigungs-, Versorgungs- und Absatzkrisen. Wie Alarmsignale wirken Regierungs-, Umwelt- und Wirtschaftskrisen. Finanzkrise hat es sogar zum Wort des Jahres 2008 gebracht. Weshalb aber tragen Krisen nur Wirkungs- und nicht ihre Anlassnamen? Man wird den Verdacht nicht los, dass die Verursacher ihre Schuld verschleiern wollen. Wer und was stecken hinter solchen euphemistischen Täuschungen?

Wo und wie entstehen Krisen? Was verursacht sie? Wer zu ihrer Quelle findet, entdeckt eigentlich vermeidbare menschliche Schwächen: Geiz und Gier, Dummheit und Überheblichkeit, Neid und Misstrauen, Korruptheit und Erpressung, Faulheit und Oberflächlichkeit u. dgl. Solche Eigenschaften und Verhaltensweisen scheinen zu verlockend und ansteckend zu sein. Sie verbreiten sich wie Seuchen, zerstören Hoffnungen und Vertrauen. Aber Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zu verlieren, zerstört Bindungen, erzeugt Misstrauen, Distanz. Ausufernde Krisen sind die Folge. Es ist absurd: Menschliche Schwächen provozieren - ungewollt wie unvermeidbar - starke schädliche Wirkungen. Natürlich könnten Krisen begrenzt, ihr Schaden gemindert und ihr Ausufern verhindert werden. So ließe sich Krisengefahr bannen und oft sogar in Gewinnbahnen lenken. Krisen können sich aber auch zuspitzen und in Katastrophen münden. Was z. B. Darlehnsnehmer, Anleger und Sparer von Bankpleiten zu spüren bekamen, ist ein Desaster. Entsprechen Angebot und Streben von Parteien, Religionen, Produzenten und Dienstleistern nicht suggerierten Erwartungen, tritt nach Scheinerfolgen i. d. R. das Gegenteil des Angestrebten ein. Dennoch wird schädigendes Verhalten ignoriert und fortgesetzt. Vielen Negativbeispielen können wir uns kaum entziehen: Heils-, Gewinn- und politischen Versprechen, Mogelpackungen und Produktfä-

schungen, schmerzhaften Einkommenseinbußen und Ver-

**Viel ankündigen schwächt das Vertrauen.** Horaz

teuerungen.

Realistisch betrachtet, werden wir in unseren Lebensbereichen von globalen, nationalen, auch örtlichen Krisen weniger beeinträchtigt, als durch persönliche. Dabei werden gesundheitliche Krisen als Lebensschicksal hingenommen. In berufliche Krisen gerät mancher auch schuldlos. Denn nicht alle sind jedem jederzeit sympathisch. Bevormunden, missachten, mobben und als Willkür empfundene Regeln sind Quelle und Treibmittel für Krisen. Bei Konfliktgefahr könnte offene Aussprache die Krise vermeiden. Vorgesetzte, denen Ja-Sager sympathisch, Erfolgreiche verdächtig und Kritiker suspekt sind, werden sicher mehr gefürchtet als geachtet. Erfolg hat aber i. d. R. nur, wer was kann und leistet. Dienstrang und Funktion sind keine Garanten für eine Anerkennung als Autorität.

Das „Leitbild der Hessischen Polizei“ wäre sicher geeignet, innerdienstliche Krisen ausschließen. Wird Mitarbeitern jedoch das Gefühl vermittelt, dass vorbildliche Führungsverantwortung nur für nachgeordnete Führungsebenen gilt, sind Frust und Resignation unvermeidbar. Dienstfreude und Engagement werden gedämpft und nähern sich „innerer Kündigung“. Derartige Alarmsignale dürfen nicht ignoriert werden. Unter Kollegen grassiert solidarisiert die Erkenntnis „EdK“, was kapitulierend für „Ende der Karriere“ steht. Diese deprimierende Selbsteinschätzung sollte dort zu denken geben und Anstoß für Änderung negativer Führungseinflüsse sein, wo derart demotivierende Grundhaltungen ausgelöst werden. Denn wer sich als nicht ernst genommen, ausgegrenzt, abgeschoben, ungerecht beurteilt fühlt, wird kaum gleiche Leistungen bringen können und wollen wie anerkannte Mitarbeiter.

Opportunistisch Handelnde müssen nicht die Besten sein. Gerechtigkeitsempfinden von Mitarbeitern zu missachten, rächt sich – wirkt kontraproduktiv. Vertrauen zu erwerben und zu pflegen ist schwer, es aufs Spiel zu setzen und zu verlieren geht leicht und rasch. Mehr zu versprechen als zu halten und von Vertrauen zu reden, ohne es durch Verhalten zu bestätigen, wird mit seinem Verlust geahndet. Es gibt Erfahrungen, die zur Selbstkritik Fähige erkennen lassen, weshalb sie mehr gefürchtet als geachtet, mehr gemieden als gesucht und – ohne es ggf. selbst zu merken – weshalb sie nicht so erfolgreich sind, wie Sympathieträger. Kritische Verantwortungsträger lässt die nachfolgende Stichwortliste (Prüfsteine!) möglicherweise erkennen, welche Eigenschaften und Verhaltensweisen vertrauensstörend wirken und geändert werden können, um Nachteilwirkungen durch Führungskrisen zu vermeiden (zum Beispiel):

- | Versprechen werden nicht eingehalten.
- | Dem eigenen Vorteil wird Vorrang gegeben.
- | Kompromisse werden vermieden.
- | Verhalten widerspricht allgemeinen Regeln.
- | Kontrollieren ist wichtiger als Delegieren
- | Wichtige Informationen werden verschwiegen
- | Unangenehmes wird beschönigt.
- | Schuld wird anderen zugeschoben.
- | Kritisiert wird gern und öfter als gelobt. Konstruktives Feedback wird ausgeschaltet.

Na, hat die „Vertrauens-Krisen-Anamnese“ zu Treffern geführt? Ja? Dann sollte die Erkenntnis dazu beitragen können, ihr entgegen zu wirken und der Zielvorgabe des Leitbildes doch noch näher zu kommen.

## Urgestein Ulrich Albert geht in den wohlverdienten Ruhestand

Mit Ablauf des Monats Januar 2009 ging EPHK Ulrich Albert vom Landespolizeipräsidium (Leiter der Landeskradstaffel Hessen), in den wohlverdienten Ruhestand.

Ulrich Albert wurde am 26.01.1948 in Helmarshausen (Kreis Hofgeismar) geboren. Nach der Schulausbildung trat er am 01.04.1968 in die Polizei ein. Nach bestehen der I. Fachprüfung (03/1971), als Klassenbester, versah er am 01.04.1971 seinen Dienst bei der Polizei- autobahnstation Neu-Isenburg. Nach Bestehen der II. Fachprüfung wurde er als Dienstgruppenleiter bei der Polizei- autobahnstation Neu-Isenburg eingesetzt. Am 01.04.1997 übernahm Uli dann die Leitung der Polizei- autobahnstation Langenselbold.

Seit 1993 war er zusätzlich Leiter der Landeskradstaffel Hessen, die ihn weit über die hessischen Grenzen hin bekannt gemacht hat. Mit Übernahme der Leitung der Landeskradstaffel wurde der „Geist des Uli Albert“ in diese Einheit injiziert, gelebt und umgesetzt. Das unermüdliche und hoch motivierte Engagement, welches Uli in die Arbeit der Kradstaffel legte, wird ihn nie vergessen machen. Sein „Vorangehen“ bei unzähligen Einsätzen hat die Kradstaffel dahin gebracht, wo sie heute steht. Die Kradstaffel ist seit der Übernahme von Uli Albert ein Aushängeschild für das Land Hessen, welches seinesgleichen sucht. Diese Arbeit genießt allerhöchstes Ansehen in den obersten politischen Führungsebenen, innerhalb Hessens, Deutschlands und sogar weltweit.

Ulrich Albert war mit Leib und Seele Polizist, dies erkennt man auch daran, dass er für die Kradstaffel seine Lebensarbeitszeit um ein Jahr verlängert hat. Bei den Kolleginnen und Kollegen war und ist er aufgrund seiner ruhigen, ausgeglichenen, fachlich kompetenten

und menschlichen Art ein Vorbild für Jung und Alt.

Ein ganz herzlicher Dank gilt der Ehefrau Charlotte, welche durch die immens hohe Arbeitsbelastung von Uli einige Entbehnungen hinnehmen musste. Diese Entbehnungen wird der frischgebackene Pensionär nun vergessen machen lassen und sich überwiegend um Charlotte kümmern.

Die Ruhestandsurkunde wurde von der Staatssekretärin, Oda Scheibelhuber, in Wiesbaden (HPS) überreicht.

Im Kreise der Kradstaffel, vielen Kollegen/innen und Freunden, wurde bei Essen und Trinken die ein oder andere Anekdote zum Besten gegeben und der Abschied von Uli in Wiesbaden gebührend gefeiert.



Thorsten Pfeiffer (rechts) überreicht dem Leiter der Landeskradstaffel EPHK Uli Albert (links) den „obligatorischen“ Schwartemagen der Kreisgruppe Main-Kinzig zum Abschied aus dem aktiven Dienst.

Uli Albert ist seit vier Jahrzehnten in der GdP und bleibt der GdP auch im Ruhestand verbunden.

Thorsten (Toaster) Pfeiffer überreichte dem Pensionär die Präsente der GdP und des Personalrates. Die KG MK wünscht dem frischgebackenen Pensionär Glück, Gesundheit und eine gute Zeiteinteilung im neuen Lebensabschnitt.

KG MK/TP

## Disziplinarmaßnahme bei Körperverletzung im Amt durch einen Polizeibeamten

**VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 4.11.2008, Az. DL 16 S 616/08**

### Leitsätze des Gerichts:

q Begeht ein Polizeibeamter eine Körperverletzung im Amt an einer in Polizeigewahrsam befindlichen Person, ist die Entfernung aus dem Dienst die typischerweise in Betracht kommende Disziplinarmaßnahme, es sei denn dem Übergriff ging eine schwere Provokation oder ein Angriff vor-

aus (Fortschreibung der Rechtsprechung des Senats im Urteil vom 10.11.2006 - DL 16 S 22/06 - juris).

q Der Milderungsgrund des einmaligen, persönlichkeitsfremden Augenblicksversagens kommt nicht in Betracht, wenn das Versagen des Beamten aus verschiedenen Teilakten (hier: Körperverletzung; Abfassen eines unrichtigen Vorkommnisberichts; bewusstes Erschweren der Ermittlungen über Jahre hinweg) besteht.

## Hilferuf der Lauterbacher Polizeibeamten

Erschreckend, schockierend der anonyme Hilferuf der Schichtdienstbeamten zur Personalsituation bei der Lauterbacher Polizeistation an die Öffentlichkeit.

Wie schlimm muss es um den Dienstbetrieb und das Vertrauen in die Führung bestellt sein, dass man im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu solchen Mitteln greifen muss. Aus eigener Erfahrung –ich habe selbst 37 Jahre Schichtdienst hinter mir- kann ich die Nöte der Beamten an der polizeilichen Front aber wie kein anderer nachvollziehen und weiß auch, dass von der stromlinienförmig auf Anpassung mit vorseilendem Gehorsam ausgerichteten heutigen Führungsebene, die sich zwar gegenseitig bei der Vorstellung der Kriminalistik auf die Schulter klopfen, ansonsten aber gegenüber dem Dienstherrn nicht das nötige Rückgrat hat, kein Hilfe zu erwarten ist.

Der Zustand in der Schichtbesetzung ist –und das sage ich offen und deutlich- ein alarmierendes Sicherheitsrisiko für die Bürger des erweiterten Altkreises Lauterbach. Man

kann mit einer Besetzung von 1:4 oder gar 1:3 und den nachts lediglich als potemkinsche-Fassaden im Raum stehenden Posten Schlitz u. Schotten die Sicherheit der Bürger nicht garantieren. Ich hätte nicht erwartet, dass sich nach 12 Jahren Ruhestand bei meiner früheren Dienststelle solche personellen Abgründe auf tun.

Die Errichtung der Polizeidirektion, die auf einen funktionierenden Unterbau personalkostend aufgesattelt wurde und ohne befruchtenden Bezug zur Basis agierte, habe ich zu meinem Leidwesen noch erlebt, das Polizeipräsidium Osthessen, das offenbar zu Lasten der polizeilichen Front ebenfalls Personal geschluckt hat und sich mit polizeifremden Aktivitäten brüstet, z.B. mit dem freiwilligen Polizeidienst gravierende Mängel kaschieren will etc..

Wenn ich dann die Aussage von Polizeipräsident Sauer, der die Situation in Lauterbach bei der Vorstellung der Kriminalistik am Rande behandelte und noch von einer „ausreichenden Stärke“ sprach,

dann kann ich ihm nur eine völlig bezugslose Abgehobenheit zur Basis, zu den Polizisten an der Front bescheinigen. Aber scheinbar und das trifft ja für fast alle im gehobenen Dienst zu, weiß er gar nicht was Schichtdienst heißt, sonst hätte er nicht solch naiven Bezug zu anderen Verwaltungen hergestellt und in einer Bagatellisierung der Lauterbacher Probleme von der Polizeipräsenz über die Dienstgruppen hinaus den Sachverhalt abgehandelt. Bezeichnend für die Führungsqualität im PP Osthessen ist mir die Aussage eines nach A 16 bezahlten leitenden Polizeidirektor als „sachverständiger Gesprächspartner“ in Erinnerung, der vor Jahren bei einer Besichtigung der Polizeistation einer Politikerin gegenüber erklärte, dass es in Osthessen keine Möglichkeit gibt, festzustellen an welchen Stellen tatsächlich Polizisten fehlen. Mir fehlen da die Worte!

Reinhold Nüchter  
Lauterbach  
(Leserbrief zu Artikel im Lauterbacher Anzeiger (LA) vom 8.1.09 und Kriminalstatistik LA v. 13.1.09)

## Landesbeschäftigte hessenweit im Warnstreik

Mehrere hundert Beschäftigte aus dem Universitätsbereich, der Feuerwehr, dem Hessen Forst, der Schulen, der Straßenmeistereien und anderen Landesverwaltungen waren am 12. Februar 2009 hessenweit in den Warnstreik getreten. In Kassel, Frankfurt, Fulda, Wiesbaden, Darmstadt und Gießen fanden neben den Warnstreiks auch Demonstrationen und Kundgebungen statt. Der GdP-Landesvorstand, der gemeinsam mit der Tarifkommission in Gießen tagte nutzte eine Sitzungspause, um den Streikenden die Solidarität zu bekunden.

Die Redner der Kundgebung auf dem Gießener Kirchplatz machten deutlich, dass insbesondere die Beschäftigten des Landes Hessen eine 8-prozentige Tarif- und Gehaltserhöhung verdient haben. Nach jah-

relangem Sparkurs der CDU-Landesregierung kann es nicht sein, dass Banken mit Milliardenbeträgen vor dem Ruin bewahrt werden und gleichzeitig die Beschäftigten dafür den Gürtel wieder einmal enger schnallen sollen. Acht Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro, das sei nicht nur gerecht, sondern auch ein gutes Konjunkturprogramm in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise.



Der hessenweite Warnstreik von über 4000 Landesbeschäftigten soll den Tarifforderungen der Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde Nachdruck verleihen. Es ist ein Warnruf an den hessischen Innenminister, sagte Christian Rothländer (ver.di) der Hauptredner am diesem Tag in Gießen.

gdp/eg

## Der letzte Schuss ist gefallen

Am 18. Oktober 1985 wurde durch den damaligen Landrat Fritz Kramer die Raumschießanlage in Fulda in der Dr. Dietz Straße eingeweiht und durch die offizielle Schlüsselübergabe an den damaligen Leiter der PD Fulda Herrn PD Bangert eröffnet.

Nach nunmehr 23 Jahren und 2 Monaten fiel am 18. Dezember 2008 der letzte Schuss in der Raumschießanlage in Fulda. Anders ausgedrückt: Der jedem bekannte „Belmondo“ geht in Ruhestand.

Anfänglich wurde auf den vier Schießbahnen auf Scheiben geschossen und die entstandenen Löcher mussten mit „Schusspflaster“ zugeklebt werden.

Später entwickelte sich die Technik und man projizierte Dias auf eine Schießfläche und bis zum Schluss arbeitete man mit Beamern, die es ermöglichten, die doch moderner gewordene Schießausbildung durchzuführen, da die Schießausbilder sich das ein oder andere „Neue“ mal einfallen lassen konnten.



Regieplatz (Foto links) und Aufenthaltsraum (Bild oben) der „alten“ Raumschießanlage.

Die doch etwas in die Tage gekommene RSA wird nun durch eine neue, mit modernster Technik ausgestatteten Schieß- und Trainingsanlage im Polizeipräsidium ersetzt.

Mit einem lachenden Auge können sich die Kolleginnen und Kollegen auf das neue Trainingszentrum freuen, da hier bestimmt sehr gute Bedingungen herrschen werden, um für den Ernstfall, der hoffentlich nie eintritt, vorbereitet zu sein.

Mit einem weinenden Auge wird die Eine oder der Andere aber auch an die Zeit in der RSA in der Dr. Dietz

Straße zurückdenken, denn hier traf man doch mal Kolleginnen oder Kollegen, die man schon länger nicht gesehen hatte und man konnte im Vorraum der Schießanlage ein Gespräch führen.

Ich hoffe, dass uns aber auch hierfür in Zukunft ein wenig Zeit bleiben wird.

Karsten Bech  
Petersberg

## Verkehrserziehung

### Auch nach der Grundschulzeit sinnvoll

Die GdP fordert eine durchgängige, schulbegleitende Verkehrserziehung, um junge Menschen zu verantwortungsvollen Verkehrsteilnehmer/-innen auszubilden.

Dass die Verkehrserziehung bisher in der Grundschule ende, also bevor die meisten Schüler/-innen aktiv am Straßenverkehr teilnehmen, sei nicht sinnvoll.

gdp/bu

## Auch die Polizei muss jetzt sparen



Asterix und Obelix sind nach fast eineinhalb Jahren der landesweiten Vorstellung und der groß angekündigten alsbaldigen Auslieferung an die Polizeiautobahnstationen und Verkehrsdienste immer noch nicht auf den Dienststellen angekommen. Die Wahlen sind ja nun gelaufen - jetzt können wir mit dem Sparen wieder loslegen. Unser verbesserungsvorschlag heißt: Pol-Ente.

# Und damit ging's bergab

## Mediziner und Beihilfeexperte geben den Senioren Tipps

Der Schlagertext „Und damit ging's bergab“, verkündet eine für Menschen durchaus unangenehme Wahrheit. Lebenskräfte werden aufgebaut bis etwa zum 25. Lebensjahr. Danach zehrt der Mensch von den vorhandenen Kräften. Es erfolgt ein kontinuierlicher Abbau bis zum Lebensende. Zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr werden die ersten Symptome spürbar. Man braucht länger, um Krankheiten zu überwinden und die ersten Gelenkverschleißerscheinungen machen sich bemerkbar. Leistungsgrenzen werden deutlich. Mit diesen Feststellungen zeigte der Allgemeinmediziner Klaus Freudenberg beim GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“, wie es um ältere Menschen bestellt ist. Jetzt sei der Zeitpunkt, zu lernen, die körperlichen Leistungsanforderungen den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Bei jedem Menschen lägen die Schwachstellen woanders. Entscheidend sei, den Lebensablauf anzunehmen und sein Verhalten danach auszurichten.

### Gesundheitsvorsorge

Der Schlüssel zur Gesundheit sei eine möglichst gesunde Lebensweise, erklärte der Mediziner. Es sei nie zu spät, damit anzufangen, auch wenn die gesellschaftlichen Lebenszwänge dies erheblich erschweren. Dazu gehöre auch der Schichtdienst, der den biologischen Tag-Nacht-Rhythmus störe. Notwendig sei es, auf die Signale des Körpers zu hören, Beschwerden ernst nehmen, um größere Schäden zu vermeiden. Das alte Sprichwort „Wer rastet, der rostet“, stimmt noch immer. Nur wer sich bewegt, kann sich auch noch bewegen. Klaus Freudenberg hielt ein Plädoyer für altersabhängige sportliche Betätigung, um die Beweglichkeit von Sehnen und Gelenken zu erhalten. Auch das Herz-Kreislauf-System müsse trainiert werden, da das Herz



Teilnehmer des Seniorenseminars.

ein Muskel sei, der viele Körperfunktionen regelt.

### Gesunde Ernährung

Noch ein Sprichwort. „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“. Wer sich körperlich fit hält, hat es auch leichter, geistig fit zu sein und so z.B. der Altersdemenz entgegenzuwirken. Um gesund zu sein, muss man sich auch gesund ernähren. Übergewicht mache insbesondere im Alter dem Menschen zu schaffen, belaste den Bewegungsapparat und das Herz-Kreislauf-System. Übergewicht hängt direkt mit dem Fettgehalt der Nahrung zusammen. „Fett macht fett“. Basis gesunder Ernährung sind Kohlehydrate wie Kartoffeln, Reis, Nudeln, Getreideprodukte, Gemüse und Obst zum Sattessen (Sättigungsbeilage hieß das in der ehemaligen DDR). Milch-, Fleisch- und Fischprodukte nimmt man zum genießen. Öle, Fette, Zucker und Honig nur zum Verfeinern von Speisen. Dazu kommen Nahrungsergänzungstoffe wie Vitamine und Sekundärvitamine sowie Mineralien sind wichtig für die körpereigenen Abwehrkräfte. Die Vitamine B, D, E sind im Alter besonders wichtig. Und dazu kommt noch regelmäßiges und ausreichendes Trinken. Zwei bis drei Liter Flüssigkeit am Tag, auch zum Entgiften der Nieren, sind notwendig. Wasser ist dabei das beste Getränk.

Alkohol und Nikotin sollte man meiden. Und zur gesunden Ernährung gehört auch die geistige Regsamkeit. Das Gedächtnis kann durch vielerlei Methoden trainiert werden. Gedichte auswendig lernen sind eine schöne Übung. Das Internet bietet auch gute Möglichkeiten.

### Ärztliche Vorsorgeuntersuchung

Nicht umsonst bezahlen die Krankenkassen ab einem gewissen Alter bestimmte Vorsorgeuntersuchungen. Die können verhindern, dass Krankheiten auftreten, führen dazu, dass man sie rechtzeitig entdeckt und behandelt. Informationen dazu gibt es bei den Krankenkassen und bei den Hausärzten. Es gibt Vorsorgeuntersuchungen für Männer und Frauen. Auch Krebsvorsorge ist Bestandteil der Untersuchungen. Wichtig sei auch, auf einen ausreichenden Impfschutz zu achten. Wichtige Impfungen seien die gegen Wundstarrkrampf, Grippe, Lungenentzündung, Diphtherie und Hirnhautentzündung.

### Beihilfe nicht alleine machen

Der Beihilfesatz erhöht sich nach der Pensionierung um zehn Prozent. Da bei Anträgen zur Beihilfe die Stichtagsregelung gilt, also der Tag, an dem man die Beihilfe eingereicht hat (auf die Ein-Jahres-Frist achten), kann man ganz legal die Rechnun-



**Als Fachmann für medizinische Vorsorge im Alter erwies sich der Arzt Klaus Freudenberg, rechts, daneben die Mitglieder des Seniorenvorstands Hermann Müller, Karl Rückershäuser, Rolf De-genhard.**

gen des Jahres vor der Pensionierung erst nach der Pensionierung einreichen. Dadurch kann man eventuelle Verluste (Beihilfe deckt nicht alles ab) minimieren. Auch solche Tipps gab Gerhard Kaiser, Experte der Beihilfestelle in Hünfeld beim Seniorenseminar. Wichtig sei auch, rechtzeitig jemanden zu bevollmächtigen, Beihilfeanträge zu stellen, falls man selbst aus gesundheitlichen Gründen dazu nicht mehr in der Lage sei. Anträge gebe es bei der Beihilfestelle.

Gerhard Kaiser machte auf Fallstricke aufmerksam beim Zusammentreffen von Rente und Pension, wo man schnell den Beihilfeanspruch verlieren könne. Hier müssen sich alle Betroffenen sachkundig machen. Das gilt auch für die beihilfeberechtigten Ehepartner. Es sei gut, wenn man der Beihilfestelle

eine Kopie der Pensionierungsurkunde schicke. Manchmal vergäßen Dienststellen, das zu melden und dann gebe es eben nicht zehn Prozent mehr Beihilfe. Wichtig sei auch, beim ersten Antrag nach der Pensionierung den „langen“ Antrag auszufüllen. Pro Tag würden in Hünfeld und Kassel etwa 2000 Beihilfeanträge von 130 Beschäftigten bearbeitet. Seien Anträge nicht unterschrieben, würden sie zurückgeschickt.

Kaiser informierte, dass Heilkuren auch im Alter noch möglich seien und wie sie bezuschusst würden. Im Todesfall eines Beamten müsse der Versorgungsstelle die Sterbeurkunde eingereicht werden. Statt eines Sterbegeldes würden noch zwei Monatsgehälter bezahlt.

Bei Ehegatten oder Kindern, für die kein Sterbegeld gezahlt werde, gebe es pauschale Beihilfen für die Bestattungskosten (661 Euro), und auch für Überführungskosten bis zu 700 Kilometern (nicht am Ort).

Gerhard Kaiser informierte über Beihilfemöglichkeiten für gesetzlich Versicherte, für Tarifbeschäftigte, für Kinder in Schule und Ausbildung. Ein besonderes Thema ist die Pflegeversicherung über die man bei einem nächsten Seminar gesondert informieren müsse. Telefonisch beantwortet das Kundenzentrum der Beihilfestelle Kassel werktags, außer freitags, viele Fragen, Telefon 0561-106-1550. Die besten Zeiten zum Anrufen seien dienstags bis donnerstags zwischen zwölf und zwei Uhr.

### Seminarkritik

Viel Lob gab es von den Teilnehmer/innen für das Seminar insgesamt, insbesondere aber für die beiden Referenten. Man habe mit ihnen angeregt und informativ diskutieren können, ihr Fachwissen sei ausgezeichnet. Bei einem nächsten Seminar solle man sie wieder einladen. Angeregt wurde, dass die GdP eine Art Checkliste erstellen solle, was sich bei Pensionierung/Rente für den/die Betroffene/n ändert. 2009 wird es wieder ein allgemeines Seniorenseminar geben, hat der Vorstand beschlossen. *nw*

## Für Sie gelesen: Bachelor-Studis brechen häufiger ab

Sie wurden gepriesen als die modernen Abschlüsse, die Studieren europaweit wenn nicht sogar weltweit vergleichbar machen. Sie sollten einen Universitätsbesuch in Etappen ermöglichen. Eine Untersuchung liefert ein düsteres Bild: Studenten haben es im Zeitalter der neuen Abschlüsse schwer, geben häufiger auf.

Das trifft unter anderem auf Ingenieursstudiengänge zu. Jeder vierte Studienanfänger erreicht in seinem

Fach keinen Abschluss. Das geht aus einem von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) veröffentlichten Sammelband zur Lehre in Bachelor- und Masterstudiengängen hervor.

Die Abbrecherquote im Ingenieurstudium hat sich in den vergangenen Jahren sogar erhöht, wie Zahlen des Hochschul-Informationssystems (HIS) in Hannover belegen. Lag die Quote beim Absolventenjahrgang 2004 noch bei 21 Prozent, ist sie beim Jahrgang 2006 um

fünf Prozentpunkte auf 26 Prozent gestiegen.

### Zu hohe Anforderungen

Eine Hauptursache fürs Abbrechen sind die durch den Systemwechsel erhöhten Leistungsanforderungen. Schon bei herkömmlichen Ingenieursstudiengängen war die Stofffülle schwer zu bewältigen.



# Der nicht genommene Jahresurlaub ist abzugelten

**Ein Arbeitnehmer verliert nicht seinen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub, den er wegen Krankheit nicht ausüben konnte.**

In seinem heutigen Urteil legt der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften den in der Gemeinschaftsrichtlinie über die Arbeitszeit verankerten Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub aus.

Um diese Auslegung haben das Landesarbeitsgericht Düsseldorf und das House of Lords (Vereinigtes Königreich) in Rechtssachen ersucht, in denen es um den Anspruch von Arbeitnehmern, die krankgeschrieben sind bzw. sich im Krankheitsurlaub befinden, auf bezahlten Jahresurlaub geht.

Das Landesarbeitsgericht hat über die Urlaubsabgeltung bei einem Arbeitnehmer zu entscheiden, der seinen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub wegen einer Arbeitsunfähigkeit, die zu seiner Verrentung geführt hat, nicht ausüben konnte. Nach den einschlägigen deutschen Rechtsvorschriften erlischt der Anspruch des Arbeitnehmers auf bezahlten Jahresurlaub am Ende des betreffenden Kalenderjahrs und spätestens am Ende eines Übertragungszeitraums, der – vorbehaltlich einer tarifvertraglich vorgesehenen Abweichung zugunsten des Arbeitnehmers – drei Monate beträgt. War der Arbeitnehmer bis zum Ende dieses Übertragungszeitraums arbeitsunfähig, muss der nicht genommene bezahlte Jahresurlaub am Ende des Arbeitsverhältnisses nicht finanziell abgegolten werden.

In seinem Urteil verweist der Gerichtshof darauf, dass der Anspruch auf Krankheitsurlaub und die Modalitäten für seine Ausübung vom Gemeinschaftsrecht nicht geregelt werden. Was den Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub anbelangt, legen die Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für die Ausübung und die Umsetzung dieses Anspruchs fest und bezeichnen dabei die konkre-

ten Umstände, unter denen die Arbeitnehmer von dem Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub Gebrauch machen können, ohne dabei aber bereits die Entstehung dieses Anspruchs von irgendeiner Voraussetzung abhängig zu machen.

Unter diesen Umständen steht der in der Richtlinie über die Arbeitszeit verankerte Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub grundsätzlich weder der Gewährung bezahlten Jahresurlaubs in der Zeit eines Krankheitsurlaubs entgegen noch dessen Versagung, sofern der betroffene Arbeitnehmer seinen Urlaubsanspruch während eines anderen Zeitraums ausüben kann.

Die Anwendungsmodalitäten des Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub werden zwar in den verschiedenen Mitgliedstaaten durch diese Staaten geregelt, doch unterliegen die Modalitäten für die Übertragung nicht genommenen Jahresurlaubs bestimmten Grenzen.

Dazu führt der Gerichtshof aus, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub bei einem ordnungsgemäß krankgeschriebenen Arbeitnehmer nicht von der Voraussetzung abhängig gemacht werden kann, dass er während des in einem Mitgliedstaat festgelegten Bezugszeitraums tatsächlich gearbeitet hat. Folglich kann ein Mitgliedstaat den Verlust des Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub am Ende eines Bezugszeitraums oder eines Übertragungszeitraums nur unter der Voraussetzung vorsehen, dass der betroffene Arbeitnehmer tatsächlich die Möglichkeit hatte, seinen Urlaubsanspruch auszuüben.

Der Gerichtshof stellt jedoch fest, dass einem Arbeitnehmer, der während des gesamten Bezugszeitraums und über einen im nationalen Recht festgelegten Übertragungszeitraum hinaus krankgeschrieben ist, jede Möglichkeit genommen ist, in den Genuss seines bezahlten Jahresurlaubs zu kommen. Das gilt auch für einen Arbeitnehmer, der während eines Teils

des Bezugszeitraums gearbeitet hat, bevor er krankgeschrieben wurde.

Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub bei Ablauf des Bezugszeitraums und/oder eines im nationalen Recht festgelegten Übertragungszeitraums nicht erlöschen darf, wenn der Arbeitnehmer während des gesamten Bezugszeitraums oder eines Teils davon krankgeschrieben war und seine Arbeitsunfähigkeit bis zum Ende seines Arbeitsverhältnisses fortgedauert hat, weshalb er seinen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub nicht ausüben konnte.

In Bezug auf den Anspruch auf eine bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu zahlende finanzielle Vergütung für bezahlten Jahresurlaub, den der Arbeitnehmer nicht nehmen konnte, erkennt der Gerichtshof für Recht, dass diese Vergütung in der Weise zu berechnen ist, dass der Arbeitnehmer so gestellt wird, als hätte er diesen Anspruch während der Dauer seines Arbeitsverhältnisses ausgeübt. Folglich ist das gewöhnliche Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers, das während der dem bezahlten Jahresurlaub entsprechenden Ruhezeit weiterzuzahlen ist, auch für die Berechnung der finanziellen Vergütung für bei Beendigung des Vertragsverhältnisses nicht genommenen Jahresurlaub maßgebend.

Urteil des Europäischen Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-350/06 und C-520/06 vom 20. Januar 2009

